

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 149.

Montag, den 29. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die beste Waffe im Klassenkampf des Proletariats ist unsere Presse.

Wiederum steht der Quartalswechsel vor der Tür und die Zeit ist da, wo es gilt hinauszugehen, um neue Leser für unser Parteiblatt zu werben. Diesem Zwecke allein sollen diese Zeilen dienen; sie gelten als allgemeine Aufforderung. Aber damit ist es nicht getan; denn immer mehr hat es sich herausgestellt, daß bei der Gewinnung neuer Abonnenten für das Parteiblatt intensivste Kleinagitation im Sinne des Wortes unerlässlich ist, aber auch da, wo sie gelibt, von überraschendsten Ergebnissen begleitet war.

Wir glauben und hoffen bestimmt, daß es bei unseren Genossen und Genossinnen im Verbreitungsbezirk lebendig dieser Erinnerung bedarf, um ihre Schuldigkeit zu tun.

Jeder Kollege und Kollegin in der Werkstatt muß sondiert werden, keine Proletarierwohnung darf ununtersucht bleiben, ob der „Lübecker Volksbote“ da zu Hause ist oder nicht.

Es muß ihnen vorgehalten werden, daß das Lesen eines Arbeiterblattes für den Arbeiter zur moralischen Pflicht

wird, die zu erfüllen höchste Aufgabe ist.

Das Halten der sozialdemokratischen Presse kommt gleich einer Bekräftigung sozialistischen Denkens, und wenn heute unsere Arbeiterschaft ihre hohen kulturellen Aufgaben begriffen hat, dann ist es der rastlosen Arbeit der sozialdemokratischen Presse vorwiegend mit geschuldet.

Leider liest ein großer Teil unserer Arbeiterschaft noch jene leichte bürgerliche Presse, die jedes Wort der Kritik scheut und zu allen Handlungen der Regierung ein Ja und Amen stammelt. Diese Blätter, gleichviel wie sie heißen und welche äußere Kuleur sie tragen, müssen hinaus aus den Wohnungen der Arbeiter. Sie sind Gift für gesundes Denken. Der Arbeiter, der diese Presse noch unterstützt, traktiert sich selbst mit moralischen Ohrfeigen.

Darum hinaus mit den bürgerlichen Verdummungsblättern und den „Lübecker Volksbote“ abonnieren!

Die gegenwärtige innere und äußere politische Lage erheischt dringender denn je, daß die Arbeiterschaft ihren Klassenstandpunkt klar und scharf betont, denn jeder weitere Kulturfortschritt kann nur getragen werden von dem lebendigen, frohen Willen des Proletariats und ihrem vornehmsten Kampfmittel, der Presse. Die bürgerliche Welt ist heute zu einer kulturschöpferischen Tat großen Stils nicht mehr fähig, und hat auch geistig abgedankt. Diese Aufgabe ist auf das organisierte Proletariat übergegangen. Durch die Indolenz des Bürgertums kann sich das Sinkertum als herrschender Faktor behaupten, und hat den Staat an den Rand des Ruins, des politischen wie des moralischen, gebracht. Die Staatsschulden des Deutschen Reiches von fünf Milliarden und der bevorstehende Abbruch am deutschen Volke von 500 Millionen indirekter Steuern reden eine zu deutliche Sprache von dem Mißregiment der herrschenden Klasse in Deutschland.

Damit nicht genug, hat eine tölpelhafte äußere Politik Deutschland mit allen Völkern des Auslandes verfeindet und die Gefahr eines Weltkriegs, bei dem Deutschland unter der gegenwärtigen Konstellation der Mächte unterliegen muß, in greifbare Nähe gerückt. Das ist in kurzen Worten die gegenwärtige Signatur. Sie ist trüb und traurig für unsere Bourgeoisie, für die herrschende Klasse, aber um so hoffnungsfreudiger für uns. Denn aus diesem Abstieg der herrschenden Klasse jaugt das zum Denken erwachte Proletariat verbende Kraft. Auf den Trümmern der alten Welt wird sich eine neue aufbauen. Aber das geschieht nur, wenn wir uns der großen Aufgabe bewußt sind, nur dann sind wir Kulturschaffer im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir haben uns zu emanzipieren von jener bürgerlichen seichten Verschwommenheit und uns stets bewußt zu sein, daß wir das lebendige Kleid einer großen Zukunft weben. Wir müssen uns auf uns selbst stellen und einen haarstarken Markierungsstrich zwischen uns haben und drüben ziehen. Alles, was zu diesem Ziele führt, müssen wir ergreifen, und da ist es im gegenwärtigen Augenblicke unsere vornehmste Aufgabe, neue Leser, neue Abonnenten für die Arbeiterpresse zu erwerben.

Arbeiter, Parteigenossen! Wichtiger denn je ist es, für die Verbreitung unseres Blattes zu sorgen! Geht unverdrossen von Haus zu Haus, in die Wohnungen der Arbeiter, und helft Euer Teil mit daran, daß die bürgerliche Presse daraus beseitigt wird, vornehmlich aber auch jene, welche mit direkt unlauteren Mitteln arbeitet, die sogenannte parteilose Presse. Sie alle sind Schädlinge, die beseitigt werden müssen.

Darum auf Genossen und Genossinnen, tut Eure Schandigkeit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer terrorisiert?

Wegen angeblichen Terrorismus wollen die Freisinnigen die Wahl Adolf Hoffmanns in Moabit anfechten. Und in holdem Verein mit Herrn Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ heult die „Freisinnige Zeitung“, daß sich „das Volk“ die sozialdemokratischen Boykott-Erklärungen, wie sie insbesondere in diesem Wahlkreis gegen Geschäftsleute ausgesprochen worden sind, nicht ruhig gefallen lassen dürfe, sondern daß „im Interesse der politischen Anständigkeit“ die mit so bedenklreichen Mitteln erworbenen Mandate einfach zu kassieren seien. Kein Wort mehr davon, daß nach diesem Grundgesetz eigentlich sämtliche Beschlüsse des preußischen Abgeordnetenhauses seit 60 Jahren annulliert werden müßten, weil dessen Mehrheit von jeher nur mit den Mitteln des brutalsten Terrorismus zustande gekommen ist.

Gerade jetzt nach der Wahl erfährt man wieder, wie konservative Wahlen gemacht werden. „Wie man in Pommern zum Landtag wählt“, heißt ein Ausspruch in der „Hilfe.“ Wir zitieren daraus das Folgende:

Wer weiß, wie in Grimmen z. B. der Landrat Freiherr von Maljahn das Szepter führt, der wird verstehen, daß dort der gesamte liberale Mittelstand Wahlenthaltung gelibt hat. Wenig mehr als 13 Prozent der Wähler haben in diesem Orte ihr Wahlrecht ausgeübt. Kann man da überhaupt noch von einer „Wahl“ sprechen? Was soll man weiter dazu sagen, wenn festgestellt ist, daß in dem Bezirke, in dem der Herr Landrat wohnt, 40 Prozent der eingeschriebenen Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt haben! Diese angesichts der allgemeinen Wahlbeteiligung von 13 Prozent horrende Zahl spricht mehr als viele Worte! Und sehen wir die durchschnittlichen Ergebnisse in den kleinen Landstädten an! Zwei liberale Wahlmänner, kein liberaler Wahlmann, so und ähnlich lautete die am 3. Juni nachmittags eingehenden Meldungen! Ich bin im Wahlkampfe von Ort zu Ort gegangen und habe mit den Leuten gesprochen, habe sie ermuntert, einmal zu zeigen, daß sie freie Männer seien — wie aber sollen sie den Beweis ihrer Freiheit und Unabhängigkeit antreten, da sie eben unfrei und gebunden sind! Nicht umsonst klingt allen kleinen Kaufleuten und Handwerkern das Wort eines großen konservativen Herrn in die Ohren: „Die Stadt, die bei der Reichstagswahl so glänzend liberal gewählt hat, muß ausgehungert werden.“

Soll ich sprechen von den Wahlen in den ländlichen Bezirken, Vertrieb und Ergebnis? Die paar Herren, die die Macht in den Händen haben, einigen sich über die zu wählenden Wahlmänner, am Wahltag lassen sie ihre abhängigen Leute antreten, die Herren Wahlmänner werden gewählt, die dann am 16. Juni die „Volksvertreter“ zu wählen haben! Hätte es Zweck, so könnte ich eine Fülle von Wahlunregelmäßigkeiten auf dem platten Lande feststellen.

Die letzte Bemerkung ist nun freilich wieder echt freisinnig. Mit solchen Zimperlichkeiten tut man den Konservativen nicht weh. Aber freilich, wollte die „Hilfe“ tatsächliches Material gegen die Konservativen vorbringen, so würde ihr Redakteur Naumann ja seinen Freunden von der „Freisinnigen Zeitung“ das Spiel verderben. Er würde ja dazu beitragen, daß das Abgeordnetenhaus „im Interesse der politischen Anständigkeit“ die Wahl Hoffmanns bestätigen, aber zahlreiche konservative und freisinnige Mandate kassieren müßte.

Die erste sozialdemokratische Rede

wurde am Sonnabend im preußischen Dreiklassenparlament seitens unseres Genossen Ströbel gehalten. Es handelte sich um die Beratung des Kirchenumlagengesetzes. Unser Genosse vertrat in geschickter Weise unseren Standpunkt, der in dem Satz „Trennung von Staat und Kirche“ gipfelt. Eine echte Sozialistenterrede hielt der Minister v. Rheinbaben, der für seine Ausführungen den wiederholten Beifall seiner Junkerknechte erntete. Die übrige Debatte war belanglos.

Zum Fall Liebknecht.

Dem „Vorwärts“ zufolge hätte Genosse Liebknecht auf die Ablehnung des Oberreichsanwalts, ihn zur Landtagstagung zu beurlauben, eine telegraphische Be-

schwerde an den Reichskanzler gerichtet. Er erhielt am Donnerstag nachmittag folgenden telegraphischen Bescheid:

Zur Änderung des vom Oberreichsanwalt erteilten Bescheids hat der Reichskanzler keinen Anlaß. Der Anspruch, behufs Teilnahme an den Landtagsverhandlungen eine Unterbrechung der Strafhast gewährt zu erhalten, ist durch eine gesetzliche Vorschrift nicht zu begründen. Aus Billigkeitsrücksichten wird grundsätzlich Urlaub nur bewilligt, wenn durch Fortsetzung der Haft dem Verurteilten oder seiner Familie erhebliche außerhalb des Strafzwecks liegende Nachteile erwachsen würden. Ihrem Wunsche bebaure ich deshalb nicht entsprechen zu können.

(gez.) Reichskanzler i. V. Niederding.

Zunächst ist es erfreulich, daß Herr Niederding nicht den flegelhaften Ton anschlägt, der dem Oberreichsanwalt zweigelt beliebt. Sodann aber besteht das Unrecht des Herrn Niederding gerade darin, daß er — recht hat. In der Tat ist der Schutz der Abgeordneten-Immunität in Preußen so gering, daß er völlig im diskretionären Ermessen des Oberreichsanwalts liegt. Freilich handelt es sich hier nicht um Liebknechts persönliche Interessen, wohl aber um die Interessen seiner Wähler. Die zählen aber nicht mit.

Der siebte Sozialdemokrat im gothaischen Landtag.

Im ersten gothaischen Wahlbezirk (Lambach-Georgensthal) war unser Genosse Bock als Landtagsabgeordneter wiedergewählt. Da er aber auch im achten Wahlbezirk aus der Wahl siegreich hervorging, nahm er dieses Mandat an und im ersten Bezirk mußte eine Nachwahl stattfinden. Genosse A. Schauder, Bildhauer in Ohrdruf, wurde als Kandidat erkoren und auch in der Nachwahl gewählt. Es gehören dem gothaischen Landtag also an die Genossen Bock, Demir, Soos, Köllner, Schauder, Tillig und Wolf.

Die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen zweiten Kammer beantragt im Landtag, die Staatsregierung zu ersuchen, mit aller Energie etwaigen Plänen des Reichsschatzsekretärs Sydow aus Einführung einer Abgabe auf Elektrizität und Gas entgegenzutreten und die Verwirklichung dieser die Entwicklung der bayerischen Volkswirtschaft auf das empfindlichste schädigende Maßnahmen mit aller Kraft zu verhindern.

Weiter hat die Fraktion den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, bei Vergabe staatlicher Arbeiten und Lieferungen solche Unternehmer auszuschießen, die auf irgend eine Weise die Arbeiter in der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu verhindern oder sie zu einem Verzicht auf das Koalitionsrecht zu nötigen versuchen.

Frankreich.

Die Todesstrafe soll nicht abgeschafft werden. Aus Paris wird unter dem 26. Juni berichtet: Der Bewegung, die darauf abzielte, die Todesstrafe in Frankreich abzuschaffen, haben die zahlreichen schrecklichen Mordtaten der jüngsten Zeit stark Abbruch getan. Die Kommission, die sich mit dem Projekt der Aufhebung der Todesstrafe beschäftigt hatte, hat sich bisher günstig für die Abschaffung ausgesprochen. In der Sitzung am Sonnabend wurde aber beschlossen, mit Rücksicht auf die sich neuerdings sehr stark häufenden Mordtaten für Beibehaltung der Todesstrafe zu stimmen. Der Berichterstatter der Kommission hat infolgedessen sein Amt niedergelegt. — Glaubt man denn wirklich, daß die Mordtaten durch die Androhung und Vollstreckung der Todesstrafe abnehmen werden.

Rußland.

Selbstmorde in Petersburg. Die „Birschewija Wedomosti“ teilen auf Grund der Angaben der statistischen Abteilung am städtischen Magistrat folgende Zahlen zur Selbstmordstatistik in Petersburg mit: Die Zahl der Selbstmorde belief sich im Januar auf 80, März 81, April 114, Mai 198. Insgesamt belief sich die Zahl der Selbstmorde auf 562 (368 Männer, 194 Frauen) gegen 392 (213 Männer, 116 Frauen) während desselben Zeitraumes im Vorjahre. Die Hauptursache aller Selbstmorde war Arbeitslosigkeit und Mangel an Existenzmitteln.

Gefängnisgrenel. Im Gefängnis in Tiflis, wo die Schildwache wegen Ungehorsams der Sträflinge auf diese feuerte und einen von ihnen verwundete, entstanden unter den politischen Gefangenen Unordnungen, bei deren Unterdrückung gegen 30 Mann verwundet wurden.

Der Genfersknechten entwischt. Seit Eintritt der warmen Jahreszeit ist es einer ganzen Anzahl Deportierter gelungen, aus russischen Verbannungsgebieten zu entkommen. So sind allein im Laufe des Mai aus dem

Gouvernement Wologda über 30 politische Gefangene und aus dem Gouvernement Archangel 43 politische Verschwörer geflohen, obgleich über die abgehenden und ankommenden Dampfer auf den Flüssen im Innern eine strenge Aufsicht geführt wird. Indessen selbst aus einem der besten Gebiete Sibiriens, dem nördlichen Teil der Gouvernements Tobolsk, hat ein Verbannter eine verwegene Flucht ausgeführt, nämlich der finnische Redakteur Tideman, der Anfang d. J. zusammen mit dem Studenten Stenbäck aus Helsingfors, die beide bei einem Besuch in Petersburg verhaftet wurden, in die Verbannung wandern mußte. Sie hatten dem vor zwei Jahren aufgelösten finnischen Sportbund „Woiwa“ angehört, der nach russischer Ansicht hochverräterische Ziele verfolgte, und ihre Verbannung war einfach auf administrative Verfügung erfolgt. Auch Stenbäck ist ins Ausland entkommen.

Persien.

Korruption. Ganz Belgrad spricht augenblicklich von der Entdeckung großangelegter Schwindeleien, die im Zusammenhang mit Lieferungen an das Kriegsministerium stehen. Vorgestern sind zwei Schleppladungen Weizen für das Militär in Belgrad angekommen. Man entdeckte, daß sie nur 35 Prozent Weizen enthielten. Der Rest war Sand. Mehrere Deputierte richteten eine Aufforderung an den Kriegsminister, eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen einzuleiten. Wie sich jedoch jetzt herausstellt, wurde die Schwindelei seit längerem permanent betrieben nicht allein bei Getreidelieferungen, sondern auch bei den Lieferungen anderer Lebensmittel und sonstiger Gegenstände für die Militärverwaltung. Das Fleisch, das die Soldaten bekamen, war verdorben. Oft bekamen die Soldaten zwei, drei Tage lang überhaupt keinen Bissen Fleisch. Die Lieferungen besorgte hauptsächlich die „Balkanska Banka“, eine vor kurzem hauptsächlich durch pensionierte Berschwörer gegründete Bank.

China.

Eine Revolution. An der Grenze zwischen Tonkin und China finden seit einiger Zeit Kämpfe zwischen den auf das französische Gebiet übergetretenen chinesischen Revolutionären und den französischen Grenztruppen statt, bei denen auch die Franzosen schon bemerkenswerte Verluste erlitten haben. Der Anlaß dieser Kämpfe ist die Entwaffnung der Revolutionäre, die die Franzosen zwangsweise vornehmen. Da man leicht der Meinung sein könnte, es handle sich da um Piratenbanden, die weiter kein Interesse verdienen, verdient der Artikel Beachtung, den die „Humaniter“ aus einem in Osaka erscheinenden Tageblatt wiedergibt. Nach Mitteilungen über den Fortschritt der chinesischen Revolutionsbewegung wird der Wortlaut der Proklamation bekanntgegeben, die die „nationale Armee von China“ — so nennen sich die revolutionären Freischaren — in den von ihr besetzten Orten anspricht. Es heißt darin: Unsere Armee kämpft für das Gute und gegen das Schlechte. Wir erheben unsere Forderungen im Namen des Volkes. In unserer Armee gelten namentlich folgende Grundsätze: Der Gehorsam aller ist notwendig. Wer nicht gehorcht, wird mit dem Tode bestraft. Verboten sind die Rebellion, das Überlaufen zum Feind, die Desertion usw., die Lüge, die Blünderung, Mord und Brandstiftung, die Ermordung von Fremden und die Verbrennung der Kirchen. Bestraft werden Streitigkeiten, die Verletzungen zur Folge haben, gewaltsame Wegnahme von Waffen und Lebensmitteln, Anwendung von Zwang beim Kauf, Diebstahl, Gebrauch von Opium. Für den Fall des Sieges der Revolution ist folgende Proklamation der nationalen Armee von China an alle Länder ausgearbeitet: Unsere Armee hat sich erhoben, um die herrschende Regierung zu stürzen und sie durch die soziale Republik zu ersetzen. Wir sind eines Sinnes mit allen Nationen, den Weltfrieden zu erhalten und das allgemeine Glück zu vermehren. Gegen die Fremden verfahren wir folgendermaßen und wir bitten die besetzten Länder, dies zu beachten: Die nationale Armee schützt das Eigentum der Fremden in den von ihr besetzten Landes teilen. Sie garantiert die Beobachtung der mit den Ausländern geschlossenen Verträge. Neue Rechte, die die chinesische Regierung in den besetzten Gegenden Fremden einräumt, erkennt die nationale Armee nicht an. Die von Fremden der jetzigen Regierung gewährten Militärlieferungen werden von der nationalen Armee ohne vorherige Mahnung konfisziert.

Amerika.

Kampf mit aufständischen Mexikanern. Ein Telegramm aus El Paso meldet in Übereinstimmung mit Depeschen aus Mexiko, daß aufständische Mexikaner Los Baccas am Freitag angegriffen haben. Die Garnison leistete hartnäckigen Widerstand. Gegen vierzig bis fünfzig Personen fielen auf beiden Seiten. Die Offizierquartiere wurden niedergebrannt. Man befürchtet einen nochmaligen Angriff. — Ein Telegramm aus Mexiko City meldet, in Regierungskreisen werde erklärt, daß die Angriffe auf Biesco, wo Gefangene befreit und die Stadt geplündert wurde, sowie die Angriffe auf andere Städte, nicht von den Aufständischen, sondern von Räubern herrührten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 29. Juni.

Achtung Maurer! Wegen Unfortschritt ist über die Siedbauarbeiten in der Marlstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Ghafostraße, J. Madel, Kremplsdorfer Gasse. — **Zugung von Maurern nach Sehmarn** ist ferngehalten.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Härtendamm 10, sowie H. Dethmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hier von Notiz zu nehmen.

Achtung Arbeiter! Über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Rauferei und Stellung einer Behauptung gemahnt wurden.

Den Wahlzwang scheinen Lübecker Behörden bei der letzten Reichstagswahl eingeführt zu haben. Wir lesen in der „Hamburger Woche“ einen Artikel, der, sofern die Angaben richtig sind, einen recht niehlichen Einblick in die Praktiken gewährt, welche von Behörden gelegentlich geübt werden. Es wird dort folgendes ausgeführt:

Noch immer steht es nicht fest, wer für die laufende Legislaturperiode die alte Stadt im Reichstag vertreten soll; denn die Beweiserhebung, die der Reichstag angeordnet hat, ob bei der Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Schwarz alles mit rechten Dingen zugegangen sei, ist noch nicht abgeschlossen. Vielleicht kommt es also den mit der Beweiserhebung betrauten Behörden nicht ungelegen, daß ich in der Lage bin, ihnen mitteilen zu können, daß wirklich nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Lübeckische Oberschulbehörde hat es nämlich für gut befunden, die Reichsverfassung höchst eigenmächtig zu verbessern; sie hat die Wahlfreiheit für die Beamten ihres Ressorts auf dem „Verordnungsweg“ aufgehoben, an deren Stelle den Wahlzwang eingeführt und ihren Untergebenen, die der Wahl fern bleiben, einen amtlichen Verweis ins Haus geschickt. ... Bis jetzt hat jedoch noch niemand verlangt, daß der Nichtwähler am Leibe, am Vermögen oder an der Ehre gestraft werden solle und höchstens ist die geschlechte Einführung des Wahlzwanges angeregt worden. Hierüber ließe sich reden, obgleich es noch lange nicht gesagt ist, daß das Gesetz Solons, das den Athenern gebot, bei Strafe der Verbannung Partei zu ergreifen, falls Spaltungen im Staate entstanden, auch für ein Volk von mehr als 60 Millionen vernünftig ist. Solange aber der Wahlzwang nicht Gesetz ist, muß der Oberschulbehörde mit aller Energie klar gemacht werden, daß sie auf eigene Faust für einen beschränkten Kreis deutscher Staatsbürger nicht Gesetzgebung zu spielen hat. Wenn ein Wähler von zwei in seinem Wahlkreis aufgestellten Kandidaten keinen für befähigt hält, so ist es doch eine kindische Zumutung ihm aufzulegen, seinen Hausknecht zu wählen oder einen weißen Zettel abzugeben. Stimmenthaltung ist auch Wählen und nicht nur, wenn die Führer politischer Parteien eine derartige Parole ausgeben. Sollte die Oberschulbehörde ein ungebändigter Latendrang plagen, so gibt es noch recht viel nützliche Arbeit für sie, ehe sie sich in die Privatangelegenheiten ihrer Beamten mischt. Ich bin wenigstens sicher, daß der Penionsetat unseres Staates geringer sein könnte, wenn diese Behörde bei Auswahl ihrer höheren Beamten immer die nötige Sorgfalt hätte walten lassen, die das Gesetz von den Privatunternehmern in gewissen Fällen fordert. Das Königreich der Lübeckischen Oberschulbehörde ist vielleicht klein, aber für sie reicht es schon. Der Liberalismus sollte sich jedoch eine derartige Wahlhilfe — denn sollte das Vorgehen der Oberschulbehörde sonst sein? — lieber verbitten, oder aber die Konsequenz ziehen und in Zukunft nie mehr über sozialdemokratischen Terrorismus klagen.

Es bleibt abzuwarten, was die Oberschulbehörde hierzu zu sagen hat. Sicherlich wird sich noch Gelegenheit finden, um das Vorgehen der Behörden, zu dem jede rechtliche Unterlage fehlt, am richtigen Orte zur Sprache zu bringen. Es ist immerhin interessant, zu wissen, daß behördlicherseits auch in Lübeck in den Wahlkampf eingegriffen worden ist. Daß das nicht zugunsten der Sozialdemokratie geschieht, liegt auf der Hand.

e. Aus dem Gerichtssaal. Die Strafkammer verhandelte Freitag zunächst als Berufungsinstanz gegen den Arbeiter G. M. aus Seerehefeld, der beschuldigt wird, auf dem Bahnhof Dänischburg einen Korb mit Fischen im Werte von 1 Mark gestohlen zu haben. Das Schöffengericht Schwartau verurteilte ihn deshalb zu 1 Tag Gefängnis. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Angeklagte gab auch heute wieder an, er sei der Meinung gemein, der Korb enthalte die von ihm bei der Zeugin K. bestellten Fische. Er hätte auch, als er seinen Irrtum bemerkte, den Korb sofort wieder zurückgebracht. Der Staatsanwalt zieht hierauf seine Berufung zurück. Der Angeklagte bittet um Freisprechung. Das Gericht erkennt demgemäß, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. — Frau Louise W. aus Kaltenhof war vom Schöffengericht in Schwartau zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie aus dem Strohhalm des Herrn M. in Kaltenhof 2 Bündel Stroh im Werte von 3 Mk. entwendet haben soll. In der vorgestrigen Verhandlung beteuerte die Angeklagte ihre Unschuld. Das Gericht erklärte das schöffengerichtliche Urteil für aufgehoben und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einer Woche. — Martha C. aus Boizenburg hat sich zu verantworten wegen Verstoßes gegen § 169 des Strafgesetzbuchs. Sie hat versucht, ihr im vorigen Herbst zu Schwartau geborenes uneheliches Kind beim Standesamt Schwartau als eheliches eintragen zu lassen, indem sie der Anmeldung beizugehenden Hebamme H. den Namen ihres Verlobten angab und auch erzählte, sie sei verheiratet. Als der Ortsvorsteher die Heiratsurkunde verlangte, stellte sich die Unrichtigkeit heraus. Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. — Der Arbeiter Sch. aus Flensburg und der Schlachter D. aus Maßbüll drücken die Anklagebank, um sich wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu verantworten. Beide Angeklagte haben schon eine ganze Reihe von Jahren im Gefängnis und Zuchthause zugebracht, darunter wiederholt wegen schweren Diebstahls. Jetzt sollen sie gemeinschaftlich zu Gutin der Frau Denker ein Portemonnaie mit 10,15 Mk. Inhalt entwendet haben. Die beiden haben dort gebettelt und auch Brot und Ei erhalten; als sich die Frau einen Augenblick entfernte, haben sie sich aus einer auf dem Flur hängenden Handtasche das Portemonnaie angeeignet. Trotz hartnäckigen Leugnens verurteilte das Gericht jeden Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus. — Der Leichtmatrose Karl W. aus Genin ist ebenfalls wegen Diebstahls angeklagt. Er ist zweimal vorbestraft, obgleich er erst 17 Jahre alt ist. Er hat im Mai d. J. auf dem Dampfer „Gansa“ einem Geizer einen blauen Jacketanzug im Werte von 30 Mk. und ein paar Schnürschuhe im Werte von 17 Mk., außerdem noch eine Unterhose und 2 Mk. bares Geld gestohlen, dann einige Tage später auf dem Dampfer „Africa“ eine Hose und ein Paar Schuhe im Werte von 15 Mk. entwendet. Der Angeklagte legt ein volles Geständnis ab und es wird deshalb auf die Zeugenvernehmung verzichtet. Der Staatsanwalt beantragt 1 Jahr Gefängnis. Urteil 10 Monate. In der Begründung hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß er jetzt schon das dritte Mal wegen Diebstahl angeklagt sei und wer dreimal stiehlt, müsse schwer bestraft werden; mildernd sei hier in Betracht zu ziehen, daß der Angeklagte die beiden ersten Male zu milde bestraft sei (einmal mit Verweis und einmal 3 Wochen Gefängnis), wäre er damals strenger bestraft, so hätte es wohl besser auf ihn gewirkt. (?) — Wegen Betrugs im Rückfalle ist die Wirtschaftlerin Anna M., z. H. Kiel, angeklagt. Sie ist schon sehr oft vorbestraft wegen Betrug und verbüßt gegenwärtig eine in Kiel erkannte Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten. Die M. hat am 20. Januar d. J. dem Hotelier Harringer, hier, um den Betrag von 375 Mk. gepreßt, indem sie das von ihm erhaltene Nachtlösch und den Morgentasse nicht

bezahlte. Obgleich die Angeklagte nach einigen Tagen den größten Teil der Summe entrichtet hat, wird sie vom Gericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, die mit der oben erwähnten Kieler Strafe in eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten zusammengezogen wird. — Der Arbeiter Feint. B. — n. aus Bäl, ein vielfach auch wegen Diebstahls vorbestrafter Mann, soll am 28. April dieses Jahres bei seiner Entlassung aus dem hiesigen Krankenhaus ein leinenes Bettlaken mitgenommen haben. Er versuchte, dasselbe in Schwartau zu verkaufen. Der Angeklagte bestreitet den Diebstahl, gibt aber zu, daß er den Verkauf vorgenommen hat. Er wird deshalb wegen Hebereike zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wird. — Sodann wurde gegen die Arbeiter W. H. — s. und G. Gr. — r. verhandelt. Beide verbüßten im hiesigen Marktgefängnis längere Freiheitsstrafen. Der Gr. — r. eine solche von 1 Jahr 3 Monaten, er sollte aber auf Grund eines Gnaden Gesuches vorzeitig entlassen werden. Nun haben sich die beiden Angeklagten am 12. April eine dumme Beschwärde angeklagt. Der H. — s. sollte an diesem Tage entlassen werden; er hatte sich aus der Wäschekammer, wo er zuletzt beschäftigt gewesen, verschiedene Wäschestücke angeeignet und mit seiner Zelle genommen; hier hat er den Packen zusammengepackt. Er hat dann seinen Zellengenossen Gr., das Bündel aus dem Fenster auf den Hof zu werfen, der Wachtposten müßte Bescheid. Gr. H., wolle sich dann nach 7 Uhr, wenn er in Freiheit wäre, das Bündel holen. Gr. hat auch dem Folge geleistet, er will jedoch nicht gewußt haben, was für Gegenstände das Bündel enthielt. Durch Umstände mancherlei Art ist H. — s. freilich nicht in Besitz der Sachen gekommen. Dem erwähnten Soldaten wurde wegen dieser Sache eine Festungsstrafe von 5 Monaten zubüßert, die er gegenwärtig in Spandau verbüßt. Die Strafkammer verurteilte, nach dem Antrage des Staatsanwalts, den H. — s. zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, dem Gr. — r. zu 3 Monaten Gefängnis, dem letzteren werden 6 Wochen von der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Durch die Schulden von einigen früheren Heidelberg Studenten kam der noch unbestrafte Kaufmann W. — n. von hier auf die Anklagebank. Der Vater des Angeklagten hatte in Heidelberg ein Barbier- und Friseurgeschäft und zählte zu seinen Kunden in der Hauptsache Studenten. Als nun der Vater gestorben war, stellte der Sohn aus dem Nachlaß fest, daß eine Anzahl Studenten noch Zahlungen für geleistete Verschönerungsdienste zu leisten hätten. Er bemühte sich nun, diese rückständigen Beträge einzufordern, was ihm auch in vielen Fällen gelang. U. a. schrieb er auch an einen Dr. B. in Bonn eine Postkarte mit der Bitte, eine noch vorhandene Schuld von 6 Mark zu begleichen. Der Gemachte lehnte jedoch die Zahlung ab, mit der Begründung, die Forderung sei verjähr. Nun reichte er in Hohenlimburg Klage ein gegen den ehemaligen Studenten, wurde aber abgewiesen und mußte noch die Kosten von 25 Mark tragen. Dierauf richtete der Angeklagte an den Dr. B. einen Brief mit der Bitte, die Sache so privat in Ordnung zu bringen, durch die Schuld d. B. habe er nun noch 25 Mk. mehr zu zahlen; er appelliere an das Mitfühlgefühl eines ehemaligen Heidelberger Studenten und lege voraus, daß er einem armen Barbierlohn die paar Mark nicht vorenthalten würde. Sollte er ihm die 31 Mk. aber nicht ersetzen, so wüßte er was er zu tun hätte. Sein Bekanntenkreis sei groß und er könne ihn sehr schädigen. In diesen letzten Worten sieht das Gericht verächtliche Erpressung. Der Angeklagte hat nach Aufstellung dieser Anklageschrift wiederum einen längeren Brief an den Dr. B. geschrieben, in dem er mit flehentlichen Worten um Zurücknahme der Klage bittet, aus Rücksicht auf seine Familie und seine jetzige Stellung. Der Dr. B. erklärte sich auch durch einen Brief an das Gericht dazu bereit, leider ist dieses nicht mehr statthaft. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von drei Wochen, das Gericht erkannte am Sonnabend auf 8 Tage Gefängnis. Der schon oft vorbestrafte Arbeiter W. hat der Lübeck-Büchener Bahn gehöriges altes Eisen gestohlen und es dann zu verkaufen versucht. Um nun aber auch Abnehmer für seine Ware zu finden, fälschte er einen Zettel, der die Anweisung enthielt, daß er W., berechtigt sei, das Eisen zu verkaufen. Den Zettel hatte er mit dem Namen des Bahnmeisters M. unterschrieben. 2 Säcke von zusammen fast 200 Pfund hat er glücklich für 350 Mk. verkauft. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Diebstahl und Urkundenfälschung (Privaturkunde) zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten. — Gines Verstoßes gegen die Regeln der Baukunst (§ 330 St.-G.-B.) sollen die beiden Bauunternehmer K. und M., sowie der Maurerpolier J. sich schuldig gemacht haben. Der Angeklagte K. errichtete in der Travelmannstraße eine Werkstat. Die Maurerarbeiten waren dem Angeklagten M. übertragen, der wiederum den Partier J. mit der Ausführung betraute. Als die Roharbeiten bis zur ersten Balkenlage vollendet waren, stürzte ein Teil der Mauer ein, ohne jedoch irgend welchen Schaden anzurichten. Nun sollen nach der Anklageschrift die Fundamentierungsarbeiten nicht genau nach der Bauvorschrift ausgeführt sein, und dadurch wäre der Einsturz verursacht. Der Angeklagte K. erklärt er hätte mit aller Sorgfalt die Arbeiten bei der Zubereitung resp. Mischung des Betons beobachtet, auch hätte er der damit beschäftigten Arbeitern öfters auf unzulässige, nicht brauchbare Bestandteile der Betonmischung aufmerksam gemacht und sie angehalten, selbige zu entfernen oder brauchbar zu machen. Er ordnete auch an, daß zu große Stücke Ziegelsteine klein geschlagen werden sollten. Aus diesen Gründen ist K. der Meinung, sich genötigt um die Roharbeiten gekümmert zu haben. Der Angeklagte M. gibt an, daß er noch andere Arbeiten auszuführen gehabt hätte und somit nur selten auf der Baustelle erscheinen konnte; er hätte deshalb ja auch seinen Partier mit der Ausführung betraut und könnte auch nicht verantwortlich gemacht werden. Der Angeklagte J. will die Arbeiten nach den allgemeinen üblichen Gebräuchen im Baugewerbe ausgeführt haben, auch hat er selbst bei der Mischung der Betonmasse geholfen, doch sei er nicht ständig dabei gewesen, weil er auch noch andere Arbeiten zu beaufsichtigen und auszuführen hatte. Der erste Sachverständige, Gerichtschemiker Dr. Wehke, hat festgestellt, daß der Beton zu neuem Teilen aus Sand und zu einem Teil aus Zement bestand. Der Baurat Deditius als Bauwerksverständiger, giebt sein Gutachten dahin ab, daß das Material nicht das richtige gewesen sei, und besonders sei die Betonmasse schlecht gemischt gewesen, außerdem sei zu wenig Zement genommen worden. Er könne sich den Einsturz nicht anders erklären, als daß eine Senkung des Fundaments stattgefunden habe. Über die Mischung des Betons und die Ausführung des Fundamententzupins ist eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Baurat einerseits und dem Verteidiger und die Angeklagten andererseits. Der Baurat hält die Mischung und auch die Fundamentierungsarbeiten als gegen die Bauvorschrift verstoßend ausgeführt, während der Verteidiger und die Angeklagten behaupten, daß dies die hier in Lübeck im Bauwesen allgemeine übliche sei. Ein vom Verteidiger gestellter Beweisanzug, noch zwei praktische Bauwerksverständige zu laden, welche die letztgenannte Tatsache bestätigen sollen, wurde vom Gericht abgelehnt, da die Aussagen des Sachverständigen Deditius in jeder, auch in praktischer Weise genügen, um die Sache beurteilen zu können. Alle drei An

geklagt wurden für schuldig erklärt, gegen den § 330 Str.-G.-B. verstoßen zu haben und werden zu je 50 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit ist in der zweiten Woche des Monats Juni, vom 7. bis zum 13., infolge der günstigen Witterung in der Mehrzahl der deutschen Städte eine ungewöhnlich geringe geworden. So starben z. B. auf 100 Einwohner und aufs Jahr berechnet in Offenbach nur 9,6, in Osnabrück und Thorn 9,2, Barmen 9,1, Rhendt 8,4, Hensburg 8,3, Potsdam 7,5, Schöneberg 7,3, Wilmersdorf 7,1, Hof 6,3. Im übrigen betrug die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in: Aachen 11,2, Altona 13,0, Augsburg 20,7, Barmen —, Berlin 12,2, Beuthen —, Bielefeld 8,9, Bochum 15,6, Bonn —, Borken —, Braunschweig 14,4, Bremen 13,2, Breslau 20,6, Charlottenburg 12,2, Chemnitz 14,1, Danzig 18,9, Darmstadt 12,3, Dessau —, Dortmund 17,6, Dresden 12,7, Deutsch-Wilmersdorf —, Duisburg 13,0, Düsseldorf 12,2, Elberfeld 11,3, Elbing —, Erfurt 13,3, Essen 10,5, Hensburg —, Frankfurt a. M. 15,7, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 13,1, Fürth —, Gelsenkirchen —, M. Gladbach —, Gielwitz —, Görlitz 19,7, Gera —, Hagen 13,8, Halle a. S. 17,9, Hamburg 23,1, Hannover 18,1, Hannover 13,1, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 16,4, Kassel 11,9, Kaiserslautern —, Kiel 13,7, Koblenz —, Köln 16,3, Königsberg i. P. 17,0, Königsbrunn 18,6, Krefeld 12,7, Leipzig 11,6, Lichtenberg —, Liegnitz —, Lützen —, Lübeck 17,8, Ludwigshafen 16,7, Magdeburg 12,8, Mainz 16,0, Mannheim —, Meß —, Mülhausen i. G. 15,0, Mülheim a. d. R. 13,0, München 17,5, Münster 13,7, Nürnberg 15,5, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück —, Pforzheim —, Plauen i. B. 14,4, Posen 23,0, Potsdam —, Remscheid —, Rixdorf 12,7, Rostock —, Schöneberg —, Solingen —, Spandau 13,5, Stettin —, Straßburg i. G. 13,6, Stuttgart 14,2, Ulm —, Wiesbaden 18,2, Worms —, Würzburg 19,5, Zabrze —, Zwickau 16,9.

Die Schiffswerft von Henry Koch ist für 1 330 000 Mk. in den Besitz des Bankhauses Luckmann u. Soltan übergegangen; sie soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. So melden auswärtige Blätter.

Entziehung der Rente. Es kann die Rente entzogen werden, wenn 1. der Zustand des Invalidenrentners sich geändert hat, daß dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes nicht mehr vorliegt, 2. wenn der Rentenempfänger sich berechtigten Maßnahmen der Versicherungsanstalt ohne gesetzlichen oder triftigen Grund entzieht, z. B. wenn ein Selbstverfahren zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit angeordnet wurde, dieses aber durch die Entziehung des Rentners vereitelt worden ist.

Eine kühle Zimmertemperatur jetzt in den warmen Tagen zu erreichen, ist gar nicht so schwer, wenn man systematisch dabei zu Werke geht. Die Hauptsache ist, wenn morgens das Thermometer höher steigt als die Stubentemperatur, die Fensterflügel zu schließen. Kommt dann die Sonne, so sind Rollläden und Jalousien herabzulassen, doch ja nicht bei geöffneten Fenstern, denn sonst kommt die Hitze doch ins Zimmer, ein Nachteil, der immer bei „Fliegenfenstern“, richtiger Gazeblenden, zu beklagen ist. Ist der Sonnenschein fort, so bleiben die Fenster immer noch etwas geschlossen, bis draußen das Thermometer ein wenig gefallen ist. Darauf erfolgt die Öffnung und zwar immer der oberen Fensterflügel. Ein Öffnen der unteren Fensterflügel, wie es der Bequemlichkeit wegen in der Regel geschieht, hat keinen besonderen Nutzen. Die warme Luft muß zuerst hinaus. Sie tut uns aber nicht den Gefallen, nach unten zu kommen, sie will oben hinaus. Darum müssen die oberen Fensterflügel geöffnet werden. Kann man dann aber für kurze Zeit Zugluft schaffen, so wird der Erfolg sicherlich nicht auf sich warten lassen.

Über die erste Hilfe bei Hitzschlag sind Anweisungen gegenwärtig am Platze. Vorboten des Hitzschlages sind gewöhnlich: heiße Haut, trockene Zunge, beschleunigtes Atmen, Einkommenheit des Kopfes, rasch auftretende allgemeine Schwäche, dunkel- oder bläulich-rotes Gesicht. Die erste Hilfe bei Hitzschlag, welche noch vor Ankunft des Arztes eingeleitet werden muß, ist folgende: Unterbringung des Kranken an einem schattigen Ort, Lagerung mit erhöhtem Kopf; rasche Abnahme aller beengenden Kleidungsstücke, wie Hemdrücken, Westen, Mieder, Gürtel; kalte Umschläge auf den Kopf, kalte Waschungen des Körpers, besonders der Brust; Zuführung von frischer Luft durch Fächer; Trinken oder Einflößen von kaltem Wasser, von Wasser mit etwas Weinsäure oder Zitronensäure; bei schlechter Atmung künstliche Atembewegungen. Alkohol in jeder Form ist zu meiden. Es ist so rasch als nur möglich für ärztliche Hilfe zu sorgen, da schwere Fälle von Hitzschlag ohne entsprechende ärztliche Hilfe auch zum raschen Tod des Kranken führen können.

Stadthalletheater. Man schreibt uns: Morgen geht schon wieder eine Neuheit: „Der Wasunger Krieg“ von Anton Ohorn, in Szene. Aber die Uraufführung in Chemnitz schreiben dortige Blätter: Es ist ein lebenswichtiges Stück, „Der Wasunger Krieg“. Es führt mitten hinein in die Zeit, in der der deutsche Kaufmann auf einer Reise von fünf Meilen fünf Zollschranken zu passieren hatte, in der Serenissimus mit dem Volke auf freilich einseitigem Duzfuß stand und dafür von seinen Untertanen vergöttert wurde, in der das Landleute von einer 200 Mann starken Armee ehrsammer Schuster und Schneider vor etwaigen Einfällen der ebenso ehrsammer Schuster und Schneider des Nachbarlandes behütet wurde.

Schwartau. Einen prächtigen Verlauf nahm das gestern hier abgehaltene Bezirksfest des Arbeiterturnerbundes. Aus dem ganzen Bezirk waren Turner angewesen. Morgens fand auf dem Kieselbusch bereits ein Wettturnen statt. Nachmittags fand vom „Hotel Kronprinz“ aus ein Festzug nach dem Kieselbusch statt. Nach Ankunft desselben hielt Genosse Stelling-Lübeck die Festrede. Sodann nahm das Turnen seinen Anfang. Eine zahlreiche Zuschauerbar verfolgte die anerkanntwertigen Darbietungen. Nach erfolgtem Rückmarsch fand im „Hotel Kronprinz“ ein Ball statt, der die Teilnehmer noch lange zusammenhielt.

k. Lüdersdorf. Mord. In der letzten Nacht wurde hier ein grauenhafter Mord verübt. Auf dem Harsteinwerk Lüdersdorf arbeitet eine Anzahl russischer Arbeiter und sind dieselben in einem Hause in Lüdersdorf einlogiert; nun kam es in letzter Nacht, nachdem die Leute dem Schnaps wohl tüchtig zugesprochen hatten, infolge Eifersucht zum Streit. Eine noch nicht ermittelte Person, die wahrscheinlich nur dem Mädchen, das die Aufsicht über die Leute besorgt, bekannt ist, erschlug einen der Arbeiter und verwundete einen anderen schwer mit dem Messer. Als infolge des Lärmes Leute zu Hilfe eilten, entfloh der Täter und ist bis jetzt noch nicht ergriffen.

w. Mühl. Beim Segeln verunglückt. Gestern nachmittags kenterte auf dem Ziegelsee ein mit drei Personen besetztes Segelboot; während zwei der Insassen sich retten konnten, ertrank der Dritte, ein Tischlergeselle. Die Leiche wurde geborgen.

Hamburg. Kopf ab! Der Mörder Randt, der eine alte Frau umgebracht hatte und deshalb zum Tode verurteilt wurde, ist am Sonnabend hingerichtet worden. Randt leistete heftigen Widerstand, als er auf das Brett geschmalt werden sollte.

Altona. Zwei Menschen ertrunken. Auf der Volkswache am Schulberg in Dövelshöhe wurde am Sonnabend abend 10 1/2 Uhr die Anzeige gemacht, daß auf der anderen Seite der Elbe zwei junge Leute, die dort badeten, vom Strom fortgerissen und ertrunken seien; Hilfe sei unmöglich gewesen. Die Verunglückten waren anscheinend Lehrlinge. Die beiden Leichen konnten bisher nicht geborgen werden.

Glücksborn. Durch Großfeuer wurde die an der Neuenstraße gelegene Dampfmühle von M. Wiskens Sohn völlig vernichtet. Das Feuer entstand in den oberen Räumen der Mühle und verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit über das ganze Gebäude. Vermutlich hatte es im Innern schon längere Zeit gebrannt. Der Schaden beläuft sich auf ca. 300 000 Mk., wovon etwa die Hälfte auf Waren entfällt. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Glücksborn. Das Familien drama in der Leichstraße hat jetzt sein viertes Opfer gefordert. Frau Meyer, die sich und ihre drei Kinder mit Gas vergiftete, ist in der vergangenen Nacht gestorben. Alle vier Toten werden am Dienstag bestatet werden. Der Gemann Meyer, der in Emden verhaftet, aber wieder entlassen wurde, weil kein Haftbefehl gegen ihn vorlag, ist jetzt nach Holland geflohen, unter Mitnahme der 50 000 Mk., die er vorgab, in der Lotterie gewonnen zu haben.

Ein System auf der Anklagebank.

Vor dem Landgericht Gnesen wurde am Dienstag nach mehrtägiger Verhandlung der Prozeß gegen eine größere Anzahl Bahnamtliche und Arbeiter zu Ende geführt, die unter der Anklage standen, das furchtbare Eisenbahnunglück bei Tremessen in der Nacht vom 6. zum 7. August v. J. verschuldet zu haben. Durch die Entgehung des Warschauer Berliner D-Zuges wurden damals acht Personen getötet; zahlreiche Reisende und Bahnbedienstete erlitten außerdem schwere Verletzungen, von denen drei tödlich verliefen. Das Unglück sollte verursacht sein durch nicht sachgemäß ausgeführte Gleisaußerungsarbeiten und zu schnelles Fahren des Zuges an der Unfallstelle. Von den Angeklagten wurde der Bahnmeisterdiätar Wajohr zu acht Monaten, der Hilfsrottenführer Wozniak zu drei Monaten und der Hilfsbahnwärter Braniczki zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Mit diesem Urteil hat die preussische Eisenbahnerverwaltung die Handhabe erhalten, die sie brauchte, um der Öffentlichkeit gegenüber ihre eigene Schuld in Abrede stellen zu können und die Verantwortung für die furchtbare Katastrophe auf einige untergeordnete Angestellte abzuwälzen. Und sie hat in der Tat alle Veranlassung, den bösen Eindruck der vor Gericht durch Zeugen, Sachverständige und Angeklagte festgestellten Tatsachen zu verwischen, denn in Wirklichkeit sahen nicht die von der Staatsanwaltschaft vor Gericht zitierten Streckenarbeiter und Zugbeamten, sondern das preussische Eisenbahnsystem auf der Anklagebank. Die Methode der unerbötlichen Auswomerung der Bahnbediensteten, wie sie von keinem Privatunternehmer scrupelloser betrieben werden kann, das Sparsystem, das auf Kosten der elementarsten Betriebssicherheit Millionen über Millionen aus den Staatsbetrieben herauszuwirtschaften versucht, erfuhren eine Kennzeichnung, die Herr Breitenbach und seine Ministerkollegen nicht zu den angenehmsten Begleiterercheinungen des Prozesses zählen werden. Dem Angeklagten Wajohr, einem Manne, dessen ganze technische Vorbildung in einer einjährigen Beschäftigung bei der Bahnhofsverwaltung in Thorn bestand, wo ihm auch Gelegenheit geboten worden war, während zweier Nächte (!) sich über nächtliche Umbauarbeiten zu informieren, wurde zur Last gelegt, die Gleisarbeiten zwischen den Stationen Talle und Tremessen nur ungenügend beaufsichtigt und so das Unglück verschuldet zu haben. Die Erdmassen unter den Gleisen sollten zu tief ausgehachtet und außerdem von den Verbindungsstücken der Schienen anstatt nur zwei, drei Bolzen entfernt worden sein, so daß der mit erheblicher Geschwindigkeit die Strecke passierende D-Zug entgleisen mußte. Festgestellt wurde nun in der Verhandlung, daß vor dem Unfall keinerlei Vorrichtungen vorhanden waren, wann und wie derartige Umbauarbeiten auszuführen sind. Erst am 19. August, kurze Zeit nach der Katastrophe, erschien eine entsprechende Ministerialverordnung, die von der Verteidigung mit Recht als Lex Wajohr bezeichnet wurde. Eine neue Signalordnung, die am 1. August v. J. in Kraft getreten war, ist dem Angeklagten Wozniak, der der deutschen Sprache nur unvollkommen mächtig ist, erst zwei Tage vor dem Unfall ausgehändigt worden. Dabei hatte Wozniak mit seinen Kollegen zu dieser Zeit Tag und Nacht arbeiten müssen, fand also gar keine Zeit, die neuen Vorschriften durchzulesen. Am Unglückstag hatten die Streckenarbeiter vom frühen Morgen bis nachmittags 4 Uhr und nach 4stündiger Pause wieder die Nacht durchgearbeitet. Wäre die Katastrophe nicht dazwischen gekommen, hätten sie auch am folgenden Tage weitergearbeitet! Ihr Vorgesetzter, der mitangeklagte Bahnmeisterdiätar Wajohr, hatte sich in der Unglücksnacht einige Stunden nach Hause begeben, nachdem er den ganzen Tag tätig gewesen war. Er sollte nach seinen Instruktionen am nächsten Morgen um 7 Uhr bereits wieder einen Arbeitszug begleiten und hatte neben seinen regelmäßigen umfangreichen Arbeiten auch noch zwei Vertretungen mit übernehmen müssen. Und das alles in einer Zeit, in der eine tropische Temperatur herrschte! Nach dem Unglücksfalle hat man auf der Tremessener Strecke einen besonderen Bahnmeister angestellt, und weiter angeordnet, daß Umbauarbeiten nachts nicht mehr vorgenommen werden dürfen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist... Besonders drastisch wird das aber im preussischen Eisenbahnsystem herrschende Sparsystem charakterisiert durch die Tatsache, daß die Umbauarbeiten im Aktord ausgeführt wurden. Daß dabei die Qualität der Arbeit leiden mußte, noch dazu bei den „glänzenden“ Löhnen, die in den preussischen „Musterbetrieben“ gezahlt werden, versteht sich am Fande. Wozu derartige Methoden führen, ergeben die Aussagen der mitangeklagten und als Zeugen vernommenen Lokomotivführer. So erklärte der Lokomotivführer Barger: „Ich kann nur die Erklärung abgeben, daß ich die Strecke schon von jeher als sehr unregelmäßig und schlecht gefunden habe. Es gab immer Stöße, wenn wir darüber wegfuhren, es suchte und ruckte in der Maschine. Wenn wir von Tremessen nach Gnesen fuhren, hatten wir regelmäßig in der einen Hand den Regulator, in der anderen die Bremse. Die Strecke war eben in einem so schlechten Zustande.“ Federbrüche und Maschinendefekte gehörten auf der Strecke zu den Alltagsdingen. Seit mindestens fünf bis sechs Monaten fanden in der Nähe der Unfallstelle wegen ihrer miserablen Beschaffenheit Langsamfahrtsignale! Der verunglückte D-Zug hatte in der fraglichen Nacht nun noch 20 Minuten Verspätung, die eingeholt werden mußten, wenn die Lokomotivführer nicht

zur Verantwortung gezogen werden wollten — daß es unter diesen Umständen zu einer Katastrophe kam, ist alles weniger als verwunderlich. Mußte doch selbst der Staatsanwalt als einer der Ursachen für die Zugentgleisung die miserable Beschaffenheit der Strecke angeben! Und trotzdem die hohen Strafen für drei untergeordnete Angestellte, die nicht einmal Beamteigenschaften besaßen. Sie müssen blühen für die Sünden eines Systems, das sich immer gleich bleibt, mag nun der leitende Mann Thiele oder Breitenbach oder sonstwie heißen. Solange die staatlichen Werkstätten nur als melkende Kuh betrachtet werden, aus der für militärische und sonstige kulturwidrige Zwecke möglichst hohe Überschüsse herausgeschunden werden müssen, wird an dem System auch nichts geändert werden, solange werden sich die staatlichen „Musteranstalten“ auch um keinen Deut von privaten Mehrwertgeschäften unterscheiden.

Gesellschaftsbewegung.

Das Brüsseler Volkshaus hat im letzten Geschäftsjahre einen Reinerlös von 284 345 Mk. erzielt, der sich auf die einzelnen Geschäftszweige wie folgt verteilt: Verschiedene Waren 23 252 Mk., Bäckerei 217 311 Mk., Kohlen 12 848 Mk., Konfektionswaren 16 787 Mk., Wirtschaftsbetrieb des Volkshauses, Cafés 10 619 Mk., Fleischerei 3537 Mk. Verteilt wurde der Reinerlös in folgender Weise: 96 021 Mk. für Amortisationen, 8000 Mk. für den Reservefonds, 26 886 Mk. für den Mitgliedern unentgeltlich gewährte ärztliche und medizinische Hilfe, 1775 Mk. für 31 314 Stück an kranke Mitglieder verteilte Brote, 4000 Mk. für gezeichnete Anteile und für Zuwendungen an Genossenschaften, 36 133 Mk. für Propaganda, publizistische Tätigkeit und Unterstützungen an in Not geratene Vereine und Mitglieder, 7109 Mk. als 2 1/2-prozentiger Anteil für das Personal, 124 622 Mk. als Rückvergütung auf 5 192 555 Stück Brote, d. i. pro Brot 24 Pf., 20 000 Mk. als 6-prozentige Rückvergütung für den Einkauf von Kolonialwaren und Butter, 7600 Mk. als 5-prozentige Rückvergütung auf den Umsatz in Konfektionswaren, 4400 Mk. als Rückvergütung auf Kohlen, d. i. pro Sack 4 Pf., und 2400 Mk. als 2-prozentige Rückvergütung auf den Fleischwarenumsatz.

Letzte Nachrichten.

Essen, 27. Juni. Von den gestern im Kruppischen Schmelzhaus verbrannten Arbeitern sind inzwischen drei gestorben; bei sechs ist keine Hoffnung auf Erhaltung des Lebens.

Frankfurt a. O., 27. Juni. In der vergangenen Nacht erschlug der polnische Arbeiter Dadagunsky in Landsberg an der Warthe seine Frau und zwei Kinder im Alter von zwei und sieben Jahren mit einem Beil. Ein sechsjähriger Knabe war Zeuge der Tat. Der Täter wurde verhaftet; er leugnet die Tat.

Karlsruhe, 27. Juni. Nach einer Meldung der Woff-Zeitung legte Olga Wolitor beim Landgericht Karlsruhe die Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts betreffend Karl Wabmann ein, und zwar lediglich zu dem Zweck, um die prozeßuale Möglichkeit zu erlangen, die Brigatklage zurückzugeben und Wabmann die achtmontatige Gefängnisstrafe abzumehnen.

Zusbruck, 27. Juni. Bei den Aufräumungsarbeiten auf dem Trümmerfeld des abgebrannten Titoler Dorfes zirlt sich man abemals auf zwei verholzte Leichen, deren Identität nicht festzustellen war. Es handelt sich hierbei wahrscheinlich um zwei Italiener, die beim Bau der Mittenwaldbahn beschäftigt waren. Dadurch steigt die Zahl der Getöteten auf acht.

Pest (Ungarn), 27. Juni. In der Ortschaft Madoesa sind 200 Häuser niedergebrannt, darunter das Gemeindegelände und die Schule. Eine Frau fand ihren Tod durch Ersticken.

Barcelona, 28. Juni. Gestern abend explodierte an einem Abort in der Rambla-Floresstraße abemals eine Bombe. Zwei Personen wurden verletzt, eine derselben, ein Polizeibeamter, ist seinen Wunden erlegen. Auf der Straße war aus Anlaß eines dort passierenden historischen Festzugs eine zahlreiche Volksmenge angesammelt, der sich eine große Panik bemächtigte. Ein Mann, der kurz nach der Explosion den Abort verließ, wurde verhaftet und wäre von der Menge geliebt worden, wenn die Polizei es nicht verhindert hätte. Später wurden noch zwei Verhaftungen vorgenommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 27. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter, Pfd. — 1,25 Mk., Hagen — Mk., Enten 4—4,50 Mk., Hüner 2,00—2,30 Mk., Ruten Stk. — 0,90 Mk., Lauben Stk. 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Hühners — Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,05 Mk., Schweinstopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,15—1,25 Mk., Eier 8 u. 9 Stk. 60 Pfg., Feringe genügend, Dorische genügend, Süßwasserfische genüg., Karpen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. — 70 Pfg., Barsche Pfd. — 70 Pfg., Aal Pfd. 90 Pfg., Karautchen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Mumentohl, d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Nessel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Rirschen Pfd. 40—50 Pfg., Kartoffeln pr. 100 Liter 50—60 Pfg., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk., Mand Pfd. — Pfg., Rirschen Pfd. 40—50 Pfg.

Getreidepreise.

Rübeck, 27. Juni.
Weizen, 120—127 Pfd. holl. 195—210 Mk., Roggen 115—123 Pfd. holl. 180—192 Mk., Safer, nach Qualität 160—170 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

27. Juni.

Der Schweinehandel verlief sehr reg. Zuführt wurden 2125 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 57 Mk., leichte 59—60 Mk., Sauen 47—53 Mk., und Ferkel 56—59 Mk. pro 100 Pfund.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein: 10.— Mk.
Von Sch.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargelände“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Stintzi für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

9. Schleswig-Holst. Distrikt.
Versammlung
Dienstagabend 8 1/2 Uhr.

Für die mir zu teil gewordene Unterstützung von dem Personal der Dampfer der Seefahrtsgesellschaft und den da beschäftigten Arbeitskollegen sagen hiermit meinen besten Dank.
F. Danitz und Frau.

Zum 1. Oktober
Zweistuben-Wohnung
zu vermieten.

H. Warkentin, Vorwerk bei Lübeck.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung von 2 großen Zimmern und Kabinett in der Stadt oder nahe vorm Haupttor von Leuten mit 1 Kind. Ang. n. Preisang. u. R E Exp.

Gesucht ein kräftiger Junge
beim Wäschewagen.

F. Jodeit, Peterstraße 26.

Zu kaufen gesucht
Sportkarre, Blochwagen und Vogelbauer.
Off. u. St 4 an die Exp. d. Bl.

Guterhaltener moderner Kinderwagen
mit Gummireifen und Bettstelle zu verkaufen
Schwartzauer Allee 92, I.

Kinderbettstelle mit Matratze billig zu verkaufen
Wickedeckstraße 19.

1 Kinderbettstelle u. Matratze
zu verkaufen. Königstraße 28.

Zu verkaufen ein Sofa, ein Küchenschrank, sowie gutes Tischlerwerkzeug billig, um zu räumen
Dornestraße 9a.

Billig zu verkaufen Waschkommode, Spiegel und Gefellenspiegel
Belzerstraße 16a.

Eine zweischläfige Bettstelle mit Springfedermatratze billig zu verkaufen
Margaretenstraße 11.

Junge Häne und weiße Seidenkaninchen zu verkaufen.
Unger, Feldstraße 23, pt.

Verl. am Sonntag abend im Konzerthaus Lübeck oder auf dem Wege nach Langereihe einreihige Korallenkette. Gegen Belohnung abzugeben
Langereihe 13.

Am Dienstag morgen

den 30. Juni, beginnt mein diesjähriger **Sommer - Ausverkauf.**
Gleichzeitig Restbestand eines **Lütjenburger** Manufakturwarenlagers zum Verkauf.
kommt der Die Preise erregen durch ihre Billigkeit **Staunen.** U. a.:

- | | | |
|---|---|-----------------|
| Rosa und hellblaue Damenblusen | 45 Pfg. | Wert 2.50 |
| weiss und bunte Damenblusen | 75 Pfg. 1 ²⁵ 1 ⁵⁰ Mk. | Wert bis 6.00 |
| wollene schott. Damenblusen | auf Putter gearbeitet 2 ⁰⁰ Mk. | |
| helle gestreifte Jupon-Stoffe | Meter 25 Pfg. | |
| prima Mousseline, reine Wolle | Meter 50 Pfg. | Wert 1.25 |
| imitierte Seidensatins, elegante Muster | Meter 45 Pfg. | |
| grosse Partie baumwoll. Mousselines | Meter 25, 30, 35 Pfg. | Wert bis 85 Pf. |
| helle Kleider-Barchente | Meter 28 Pfg. | Wert 60 Pf. |
| Zephir-Blusenstoffe, prima | Meter 25 Pfg. | |
| doppeltbr. woll. Kleiderstoffe, rotbraun, marine u. gemustert | Meter 30 u. 50 Pfg. | Wert 1.30 |
- Sehr viele Reste von all. Stoffen, besonders im Preise ermässigt.
- | | |
|---------------------------------------|---------------------------------|
| grosse Achselschürzen | Stück 90 Pf. |
| baumwollene Schlafdecken | Stück 88 Pfg. |
| sogen. Tigerdecken sehr weich | Stück jetzt 1 ⁵⁸ Mk. |
| Steppdecken, uni rotbraun, mit Trikot | jetzt 3 ⁵⁰ Mk. |

Alle Konfektion für Damen und Herren
ist bedeutend im Preise herabgesetzt.

Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.

Bei allen Einkäufen erhalten Sie Lubeca-Rabattmarken.

Eine Partie Fettheringe 5 Stück 10 Pfg.
Chr. Piehl, Greveradenstr.

Herren-Sohlen u. Absätze 2.70 Mk.
Damen-Sohlen u. Absätze 1.80 Mk.
Kinder-Sohl. u. Abs. v. 1.— Mk. an.
Johannes Voß, Huxstraße 90.

Achtung!

Meiner werten Kundschaft sowie dem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich vom 1. Juli ab mein

Schuhwaren-, Maß- und Reparatur-Geschäft
von Geberdesstraße 52 nach

Brolingstraße 13

verlege. Das mir bisher erwiesene Vertrauen bitte ich auch ferner erhalten zu wollen.
Hochachtungsvoll **Heinrich Herbold.**

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei **Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

Eimerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6—9 Uhr.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, den 30. Juni 1908

abends 8 1/4 Uhr
im grossen Saale des 'Vereinshauses', Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

Vortrag des I. Verbandsvorsitzenden Th. Leipart aus Stuttgart über:
„Alte und neue Aufgaben der Gewerkschaften“.

Wegen der Wichtigkeit dieses Vortrages werden alle Mitglieder ersucht zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verloren am Sonntag gold. Brosche in Babelsberge. Bitte abzugeben
Watenhauer 23, 8. Etage links.
Ein kleines Mädchen in Pflege zu geben.
Kleine Burgstraße 29.

Rechnungs-Formulare

liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.



Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrm.
Königsstraße 62, b. d. Huxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-
arbeit, Huxstraße 18.



Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. 1.30 Mk.

Zentral-Verband
der Maschinisten und Geizer.
(Zahlstelle Lübeck.)

Oeffentliche Versammlung

am Dienstag, den 30. Juni,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinslokal, Wüthcherstraße 18.
Tages-Ordnung:
Der neueste Kurs des Unternehmertums.

Referent: Gauleiter **W. Reiferscheid-Breslau.**
Mitglieder wie Nichtmitglieder sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.
Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Dienstag: 37. Abonnements-Vorstellung.
Neu!

Der Wasunger Krieg.
Dritt. Lustspiel in 5 Akten von Anton Dorn.
(Verf.: Die Brüder von St. Bernhard.)
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Gretchen.

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von **Wilhelm Blos.**

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erzählt das Parteileben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen à 40 Pfg. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunstafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstr. 46. und deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

6. Deutscher Gewerkschafts-Kongress.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

C. B. Hamburg, 26. Juni.

5. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

Die Verhandlung über die Frage des Boykotts als gewerkschaftlichen Kampfmittels

wird fortgesetzt.

Husemann = Bochum (Bergarbeiter) begründet einen Antrag Sachse, in Absatz 4 der Resolution folgende Worte einzufügen: „Ist jedoch vorzusehen, daß der Lohnkampf und Boykott sich auf ganze Landstriche und Provinzen erstrecken wird, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes neben einer Verständigung mit den Gewerkschaftskartellen dieses Landstriches auch die Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders stark beteiligten und vertretenen Gewerkschaften und der zuständigen politischen Parteileitung erfolgen.“ Die Bergarbeiter seien vielfach nicht den Kartellen angeschlossen, müßten aber doch, da sie in vielen Gegenden ausschlaggebend sein, vorher benachrichtigt werden.

Stühmer = Berlin (Schneider) begründet folgenden Zusatzantrag zu Absatz 1 der Resolution: „Den Lohnkämpfen gleichzusetzen sind die Bewegungen zur Bekämpfung der Hausindustrie wie auch zur Befreiung von Rost und Logis beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht mit einer Arbeitseinstellung verbunden sind.“ Redner begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Besonderheiten der Heimarbeit und des Kampfes gegen sie.

Leipart = Stuttgart (Holzarbeiter): Der Verband der Barbier hat hier eine Denkschrift gegen den Artikel, den ich in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht habe, verteilen lassen. Es könnte ja jetzt so scheinen, als ob es überhaupt ein Makel sei, in den „Monatsheften“ einen Artikel zu schreiben. Wenigstens schreibt gestern der „Vorwärts“ in dem Artikel „Die Verdrossenen“, die „Monatshefte“ seien schon längst eine Sammelstelle der Verdrossenen und Verkannten, der politischen Briefkasten (Dr. Hitt.) und an bürgerlichem Heimweh Kranken. (Erneute Heit.) Man kann ja demgegenüber den Standpunkt einnehmen, daß man über so etwas nur lacht. (Sehr wahr!) Aber ich bin nicht so humoristisch veranlagt und komme darüber nicht hinweg. Ich will es deshalb ganz energisch aussprechen, daß ich mit einer solche Einschätzung meiner Person ganz entschieden verbitte. Ich gehöre nicht zu den Mißvergünstigten, ich arbeite länger als 20 Jahre an der gemeinsamen Sache mit Lust und Liebe, und es scheint mir, als ob es allerdings Genossen gäbe, die es als ihre besondere Aufgabe betrachten, einem die Lust zur Sache zu rauben. (Lebh. Sehr gut!) Ich hoffe aber nicht, daß es gelingt, mir meine Lust und Liebe zur Sache zu nehmen. (Zuruf: Das sind ja gewisse Schauspielerei!) Ich gehöre auch nicht zu den an bürgerlichem Heimweh Kranken. Ich lasse mir einen solchen Vorwurf nicht machen, von einem Genossen, von dem ich nicht weiß, wie lange er aus dem bürgerlichen Lager herausgegangen ist. (Lebh. Sehr gut!) Ich bin kein Angehöriger der bürgerlichen Klassen, ich bin aus ärmlichen Verhältnissen hervorgegangen, und weise solche Vorwürfe mit Entschiedenheit zurück. Wenn man an einzelnen Artikeln oder Mitarbeitern der „Monatshefte“ etwas auszuweisen hat, so mag man sie warnen, aber eine solche Verallgemeinerung verdient noch schärfere Worte. (Cohen ruft: Gau doch mal dazwischen!) Ich bin, wie schon oft, von dem Herausgeber der „Sozial. Monatshefte“ aufgefordert worden, über den Boykott einen Artikel für die Gewerkschaftsnummer zu schreiben, und ich habe das auch diesmal getan. Ich habe den Artikel nicht deshalb geschrieben, um dem Genossen Altmann etwa eins auszuweisen. Ich habe das ja auch bereits auf der Vorstandskonferenz dem Vertreter der Barbiergehilfen erklärt und wünder mich deshalb sehr, daß trotzdem die Denkschrift hier verteilt worden ist. Genosse Altmann hat heute die Boykottfrage mit größter Objektivität behandelt, und ich bin mit seiner Resolution vollständig einverstanden. Die Denkschrift der Barbier behauptet, die größeren Gewerkschaften ständen jetzt

auf dem Standpunkte, die Solidarität mehr auf die eigene Gewerkschaft zu beschränken. Das ist nicht richtig. Wir haben getan, was in unseren Kräften stand, und wenn wir nicht alle Wünsche der kleineren Gewerkschaften erfüllen konnten, so lag das an unserer eigenen starken Finanzschwäche. Ich weise daher die Angriffe der Denkschrift mit aller Entschiedenheit zurück.

Eckhorn = Berlin (Barbier): Wir sind an der Boykottfrage in hohem Maße interessiert. Wir sind ganz und gar angewiesen auf die Solidarität der großen Gewerkschaften. Leiparts Artikel konnte uns um so weniger gleichgültig sein, als wir viele Arbeitgeber haben, die sich als Parteigenossen gerieren und sich auf solche Artikel berufen. Das Referat klang wie eine Entschuldigung des Boykotts. Die vielen prinzipiellen strittigen Fragen hat er kaum berührt. Dabei schrieb noch jüngst der „Vorwärts“, der Boykott, die Entziehung des Konsums, sei mißbraucht, wenn er anstelle einer Stärkung der Organisation angewandt werde. (Sehr wahr!) Wenn ich Metallarbeiter zu organisieren hätte, würde ich das auch sagen; aber bei den Barbiergehilfen ist das anders. Die großen Gewerkschaften dürfen sich uns gegenüber nicht auf den Standpunkt stellen: „Wenn du aber gar nichts hast, Lump, dann laß dich begraben!“ Genau wie Ihr in der Werkstatt jeden fragt, ob er „reine Wäsche“ hat, so müßt Ihr auch in der Barbierstube, in die wir nicht hineinkommen, die Gehilfen fragen, ob sie organisiert sind.

Hense = Berlin (Fleischer) teilt mit, daß seine Gewerkschaft von vier Fleischermeistern in Mannheim auf 50 000 Mark Schadenersatz wegen Boykotts verklagt worden ist. Die Fleischermeister schätzten also die Wirkung des Boykotts nicht gering ein. Im übrigen bittet der Redner, mit den kleinen Gewerkschaften nicht allzu streng zu verfahren, nicht allzu schwere Vorbedingungen für den Boykott zu stellen und nicht mit materieller Unterstützung zu hartberzig sein.

Fauth = Berlin (Müller): Wir können nicht mit dem bloßen Mittel der Arbeitseinstellung arbeiten, denn wir haben in den zahllosen Militärmustern und schlechtbezahlten Beamten kommandierte Streikbrecher. Übrigens sind wir mit der Boykottverhängung sehr vorsichtig: Ich doch stets zu befürchten, daß die Gerichte mit ihrer arbeitserfeindlichen Rechtsprechung uns die Waffe des Boykotts noch ganz aus der Hand schlagen.

Dobler = München (Transportarbeiter) begründet einen Abänderungsantrag, wonach nicht die Filialen, sondern nur die Zentralen den Antrag auf Verhängung des Boykotts in einem Orte stellen sollen.

Winkelmann = Bremen (Böttcher): Darin, daß wir eventuell den Boykott als Waffe gebrauchen werden, sind wir uns alle einig. Es handelt sich nur darum, die Regeln für diese Kampfmethode aufzustellen, und das hat der Referent getan. Wenn wir bei einem Streik uns die Sache drei bis viermal überlegen, so müssen wir es bei einem Boykott 20mal überlegen, denn da steht das ganze Prestige der Gewerkschaftsbewegung auf dem Spiel. (Sehr wahr!)

Berner = Berlin (Transportarbeiter): Wir haben bisher die Waffe des Boykotts noch nicht kräftig genug geschwungen. In den Handelsbetrieben, für die die Arbeiterschaft als Käufer in Frage kommt, läßt sich durch den Boykott viel erreichen. Ich erinnere nur an unsere Erfolge bei Jandorf und Barisch in Breslau. Vorsichtig wollen natürlich auch wir sein und die in der Resolution gestellten Bedingungen gern erfüllen.

Saebelberg = Altona (Tabakarbeiter): Auch wir können vor allem in der Zigaretten- und Kautabakindustrie den Boykott nicht entbehren, zumal auch die Unternehmer ihren Boykott haben, die schwarzen Listen. Die Arbeiterschaft muß so erzogen werden, daß sie den Boykottbruch ebenso empfindet wie den Streikbruch. Auch die Frage der Kontroll- oder Schutzmarke sollten die Gewerkschaften wieder einmal erwägen.

Wißell = Lübeck (Metallarbeiter) gibt eine Übersicht über die Urteile des Reichsgerichts in Boykottfragen. Das Reichsgericht habe sich um die Anerkennung der prinzipiellen Zulässigkeit des Boykotts noch immer herumgedrückt. Die Entscheidungen würden von Jahr zu Jahr ungünstiger für die Arbeiterschaft. Nicht nur die Mittel des Kampfes, sondern auch der Zweck des Boykotts wird in den Kreis der

Prüfung gezogen. Das läßt für die Zukunft die schlimmsten Befürchtungen offen. Die Generalkommission sollte einmal die Rechtsprechung in Boykottfragen zusammenstellen. (Weisfall.)

Teschold = Berlin (Bäcker): Die Berliner Zahlstelle des Bäckerverbandes ist wegen Boykotts zu Schadenersatz verurteilt worden, was man wirklich für ganz unmöglich gehalten hätte. Kurz vorher hatte der Rektor Ropsch in einer Versammlung den Wunsch geäußert, die Gerichte sollten die Gewerkschaftsklassen für Boykottschäden haftbar machen. (Hört, hört!) Das Reichsgericht hat erklärt, daß der Boykott unethisch sei, wenn er dauernd und auf die wirtschaftliche Vernichtung des Gegners berechnet sei. Die Militärbehörde aber verhängt ruhig jahrelange Boykotts über ihr nicht genehme Fabriken von Militäreffekten. Das ungeschickte Drauflosgehen Eckhorns kann der guten Sache nur schaden. Wir alle wünschen, daß die scharfe und zweifelhafte Waffe des Boykotts wirksam und würdig geführt werde.

Schmidt = Berlin (Gärtner): Die Barbier legen, statt ihre Mitglieder zu erziehen, alles Gewicht auf den Boykott. Das ist falsch und das habe ich in der „Gärtnerzeitung“ getabelt.

Ein Schlußantrag findet Annahme. In seinem Schlußwort bekräftigt der Referent

Altmann = Berlin, daß er die Anwendung des Boykotts nur entschuldigt hätte. Es gelte, die Waffe des Boykotts vorsichtig und energisch zu gebrauchen, und sie nicht durch Unvorsichtigkeiten diskreditieren.

Die Resolution und die Abänderungsanträge werden der Redaktionskommission überwiesen. Sie soll auf Anregung Stühmers und Leglens noch einen Protest gegen die Rechtsprechung in Boykottfragen als einen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter hinzufügen.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend vertagt. Am Abend findet eine Besichtigung der Lagerhäuser des Hamburger Spar-, Bau- und Konsumvereins „Produktion“ statt.

6. Verhandlungstag.

C. B. Hamburg, 27. Juni.

Es werden zunächst die Resultate der

Wahlen zur Generalkommission

mitgeteilt. Wiedergewählt in die Generalkommission sind ihre bisherigen 11 Mitglieder: Legien (Holzarbeiter) mit 303 (von 313 abgegebenen gültigen Stimmen) Stimmen, Kube (Zimmerer) mit 297, Silberschmidt (Maurer) mit 274, Robert Schmidt (Holzarbeiter) mit 263, Knoll (Steinseger) mit 258, Sabath (Schneider) mit 253, Sassenbach (Sattler) mit 232, Schumann (Transportarbeiter) mit 232, Döblich (Buchdrucker) mit 220, Cohen (Metallarbeiter) mit 213 und Drenkel (Töpfer) mit 199 Stimmen. Neu hinzugewählt werden G. Bauer (Bureauangestellter) mit 175, C. Hübsch (Zettlarbeiter) mit 171 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten Kahner (Schmied) 17, Börner (Tabakarbeiter) 59, Bruns (Fabrikarbeiter) 57, Samacher (Schuhmacher) 45, Heschold (Bäcker) 105, Jakobait (Maler) 23, Mohr (Gemeindearbeiter) 23, Wötsch (Gastwirtsgehilfe) 104, Sachse (Bergarbeiter) 108, Frau B. Thiede 85. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist

Die Organisation zur Erziehung der Jugend.

Referent Robert Schmidt = Berlin: Die Gewerkschaften sind der Jugendberziehung und -Organisation nicht rechtzeitig nähergetreten. Sie hätten viel besser daran getan, sofort als die ersten Regungen einer selbständigen Jugendbewegung sich zeigten, ihrerseits die Erziehung der Jugend in die Hand nehmen sollen, statt die Bewegung ihre eigenen Wege gehen zu lassen, die nicht immer allgemeine Sympathie und Befriedigung zu erwecken vermochten. Wir sind aber, auch wenn wir uns den Vorwurf machen müssen, daß die deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete sehr nachlässig gewesen sind, jetzt doch gezwungen, für die Organisation der Jugend zu sorgen, denn einmal stehen wir den ganz neuen Rechtsverhältnissen des Reichsvertrages gegenüber, und sodann steigt die Zahl der Jugendlichen, der Kinder und Frauen, die in der Industrie tätig sind, rasch

Herbststurm.

Roman von Max Kreyer.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„D je, o je,“ spöttelte sie, „so gefährlich können Sie werden?“ Wie heißen denn diese Gespenster, die Sie so sehr fürchten?

„Brutalität und Selbstsucht,“ entfuhr es ihm in dem unwiderstehlichen Orange nach Wahrheit, den der Wein in ihm entzückt hatte.

Sie beugelte ihn mitleidig und vergaß das Essen. „Das glaube ich Ihnen schon, weil Sie es offen aussprechen. Denn gewöhnlich jagt man so etwas nicht einer Dame bei Tisch. Für egoistisch habe ich Sie übrigens gleich gehalten.“

„So, sehn Sie mal an, wie Sie mich kennen.“ Seine Augen suchten Werner am andern Tafelschenkel, und als dieser zufällig aufblickte, trank er ihm verstoßen zu. Dann sagte er wieder: „Sehn Sie, das ist das Schöne an meinem Bruder, weswegen ich ihn so achte: er hat so viel erlebt, aber niemals gebraucht er ein häßliches Wort zu mir, immer behandelt er alles delikate. Und selbst bei Berührung der größten Intimitäten.“

„So was sollten Sie mir eigentlich auch nicht erzählen,“ schnitt sie ihm das Wort ab, „trotzdem dieses Lob sehr schön ist. . . Aber ich glaube, daß er so ist.“ Jetzt suchten ihre Augen den andern, und es flackerte in ihnen, als von dort die Gedankengemeinschaft kam, die unsichtbar die Fäden zwischen ihnen wob.

„Verzeihung,“ sammelte Walter und dachte wieder an das Register seiner Dummheit. Rot geworden beugte er sich über den Teller mit dem Gefühl des Geschulmeisters, der sich seinen Ärger verkniff.

„Sie sei gewährt.“ Ein vergnügter Kopfnicker folgte, der die Sache ins Scherzhafte ziehen sollte.

Er aber blieb bei seinem Ernst. „Ich dachte, Sie wären anders als die jungen Durchschnittsdamen.“

„Woraus schließen Sie das?“

„Weil Sie in meinen Bruder so verschossen sind; er ist doch noch mal so alt, als Sie.“

„Sind Sie neidisch, Herr Alten der Jüngere, der sehr Jüngere?“ spöttelte sie grausam.

„Gott sei Dank der Jüngere,“ plähte es ihm heraus. „Wollen Sie mich demüttern, Fräulein Reith? Fühlen Sie sich schon so alt?“

„Nein, aber erziehen möchte ich Sie.“ Um einen Schimmer bläßer geworden, ließ sie ihr Lächeln wieder spielen, aber aus ihren grauen Augen sprach Verzeihung für alles, was er sagte.

Er lachte lustig. „Sie auch? Dann passen Sie ja zu Werner.“

Sie nickte. „Wenn Sie es noch nicht wissen sollten: wir Mädchen sind den Männern immer um zehn Jahre voraus, was die Klugheit anbetrifft.“

Er kam mit einem billigen Scherz: „Da hätte sich ja Werner bedeutend verrechnet.“

„Ich meinte natürlich die gleichaltrigen,“ fügte sie gelassen hinzu und strafte ihn mit einem großen Blick. „Aber Sie sind ein richtiger Krüppelkopf, das wußte ich noch gar nicht. . . Was der Wein nicht alles macht! Gießen Sie sich nur ruhig noch ein Glas ein, ich erlaube es Ihnen. Schlechter können Sie mich nicht mehr behandeln. . . Mein Glas ist übrigens auch leer, das übersehen Sie andauernd.“ Und als er sich mit Entschuldigung überstürzte: „Danke, es ist genug. . . das wäre alles nicht gekommen, wenn Sie schon vorher vernünftig zugehört hätten. Ich sagte Ihnen ja schon: ich liebe den reifen Schnitt, die vollen Ähren, die stolze Frucht, nicht den Keim, der immer noch ipriecht, ohne daß man weiß, wie er sich gestaltet. . . Wollen Sie nun die Güte haben, kleines W., einmal mit mir darauf anzustoßen.“

Er war rasch bezwungen: „Wie Sie befehlen, Gnädigste.“ Er wollte den Mann von Welt markieren, aber er mußte ihn schlecht kleiden, denn sie lachte ohne Ursache.

„Dann befehle ich Ihnen weiter, das gnädige zu lassen. Schon mein Name genügt mir, und wenn es auch nur Rita sein sollte. . .“ Dann also auf gute Kameradschaft, Sie Gespensterseher.“

Während sie einen vollen Schluck nahm, glühten es unter ihren langen Wimpern, denn sie merkte seine aufgeregte Erregung, die sich durch schweres Atmen verriet. „Also auch er!“ dachte sie und nahm sich vor, ihn bei Zeiten zu kurtieren.

Der General, der den Ehrenplatz neben Frau von Stedel einnahm, hatte sich erhoben, um im Namen der Gastgeberin

die Gäste willkommen zu heißen, wozu er, wie er meinte, gewissermaßen als ältester Freund des Hauses ex officio verpflichtet sei. Infolge seiner Schwerhörigkeit sprach er leise, und so glaubte man seine Stimme in weiter Entfernung zu vernehmen. Er sagte sich kurz, jedoch seine Worte wie die losen Schallwellen eines Romanandos klangen. Das Klirren der Gläser erklang das Säbelgeräusch.

„Diese Rede kommt mir ungemein bekannt vor, ich muß sie schon mal gehört haben,“ wisperte Werner zu der kleinen Koketten, die wie gewöhnlich in Wolle schwamm. „Ich glaube, diesmal hat er drei Worte zu viel gesprochen.“

„Welche Verhöhnung!“ warf sie lustig ein. „Eigentlich wäre das ja die Aufgabe meines Mannes, aber er könnte die Dinge durcheinander mischen und die Tafel mit dem Katheder verwechseln.“

„Und dann erdolcht er alle seine Nachbarn,“ sagte Werner und ließ seine Augen furchterlich zu ihr rollen, so daß sie die Serviette vor ihr Mündchen hielt, um ihr krampfhaftes Lachen zu ersticken. Sie gab sich redliche Mühe, ihm ihre angenehmsten Seiten zu zeigen, aber so sehr er sich auch mit ihr beschäftigte, seine Gedanken waren doch geteilt. Sie merkte es, und wenn er ihr ganz besonders zerstreut erschien, drehte sie in den Spawen das Glas, was schon eine bedenkliche Erscheinung bei ihr war, und zog ihn plappernd auf: „Sie sind natürlich wieder ganz wo anders.“

„Nur mit meiner ätherischen Hülle,“ spöttelte er, „mein irdisches Ich bleibt bei Ihnen.“

Und zum Danke empfing er den berühmten Blick aus ihren feuchten Augen, in dem die Ermunterung zur Befreiung ihrer haufgezeichneten Seele lag.

In der Tat dachte er nur fortwährend daran, worüber sich wohl sein Bruder mit Rita unterhalten könnte, denn die Lebhaftigkeit der beiden entging ihm nicht. „Er scheint ja ganz nett aufzutauen,“ war sein Gedanke, wobei ihn auf richtige Freude erfüllte. Und die sonnige Aussicht eröffnete sich ihm, wie sie von jetzt ab die Geselligkeit zu dreien genießen würden, immer bestrebt, treu zusammenzuhalten.

Die aufgelöste Stimmung stieg, losgelassen durch die Weinigkeit, und das Stimmengewirr schwirrte schon bestäubend durch den saalartigen Raum, in dem der Dunst von Speisen und Dige lag. Der starke Duft der Tafel

und dauernd. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter in der Industrie um 10 Proz. gestiegen, noch stärker die Zahl der Kinder, deren wir jetzt 11 000 in der Industrie haben. Das legt uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit auf, diese Personen zu organisieren. Vor allem müssen wir für die strengste Durchführung der Kinder- und Lehrlingschutzgesetze sorgen. Das müssen wir tun; denn die Gewerbeinspektion hat das ungeheure Wachstum der Übertretungen nicht zu verhindern vermocht, und erfährt nur gelegentlich davon, mit den Lehrlingschutzkommissionen der Lehrlinge aber verhandelt man seitens der Meister nicht so, wie mit den Lehrlingschutzkommissionen der erwachsenen Arbeiter, die hinter sich die Macht der Organisationen haben. Sehr wertvoll sind auch die Kinderschuttkommissionen, wie unsere Genossinnen solche in Dresden zuerst gegründet haben. — Tatsächlich sind die vielen Zehntausende Kinder, aber leider auch manche Kinder im Hause unverständiger Eltern ohne den genügenden Schutz. Da müssen wir die Kinder schützen genau so wie in der Fabrik gemäß den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Frauen und Jugendliche. Neben den rein wirtschaftlichen Aufgaben erwachsen uns bei der Organisation der Jugend erhebliche Aufgaben. Arbeiterschutzbestimmungen und Arbeiterversicherung sind der Jugend dank der miserablen Erziehung der Volksschule ganz unbekannt. Daher die vielen Gefahren der Jugendarbeit, die leider allzu häufige frühzeitige Berufsunfähigkeit. Weiter kommt in Betracht der einseitigen und gefährlichen Religionsunterricht und des Geschichtsunterrichts in der Volksschule. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress hat selbst ein uns so fremder Mann wie Prof. Delbrück über die schematische Hohenzollernlegende und den Heroenkultus im Geschichtsunterricht bedauert. Dieser Volksschulunterricht bedarf dringend der Ergänzung im freizeithlichen Sinne. Das ist jedenfalls um so notwendiger, als unsere Gegner in der Frage der Jugend- und Jugenderziehung mit außerordentlichem Erfolg tätig geworden sind. Allein in den evangelischen Junglingsvereinen sind 110 000 Jugendliche zusammengedrängt. Dem gegenüber ist unsere Jugendbewegung mit höchstens 10 000 festen Mitgliedern klein und unbedeutend. Aber vor allem gilt es, der Jugend sittlichen Halt zu geben, denn das braucht die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaft. Sind doch heute 10 Proz. der Verbrecher Jugendliche; 25 Proz. aller Diebe, 26 Proz. aller räuberischen Geisler, 35 Proz. aller Brandstifter sind Jugendliche. Da helfen keine Bibelprüche, da verlagert die christliche Lehre, denn diese sozialen Schäden sind wieder die Folgen tiefer sozialer Mißstände, geistiger Verkrüppelung und Vererbung von Krankheiten, schlechter Erziehung und schwerer Lebenskämpfe. Wie leicht ist dann durch eine Gefängnisstrafe die Brücke hinter den Jugendlichen abgebrochen und sie in das Gefängnis, diese Brutstätte des Lasters und Verbrechens (Sehr wahr) eingeführt! Die Jugendlichen hinter den Gefängnistoren sind meist schon gänzlich verloren. Ein sehr böses Kapitel sind auch die unfähigen und interesselosen Pfleger und Vormünder. Oft weigern sie sich sogar aus Scheu vor den Prozesskosten, unfaulverlegten Arbeitern ihre Rechtsansprüche durchzusetzen. Da müssen wir auch den Jugendlichen Halt geben. Wir müssen für die moderne Arbeiterbewegung Charaktere haben, Menschen, die auch in den schweren Kämpfen der Zeit nicht schwach werden und die gut genug erzogen sind, die Erziehungsarbeit und Fürsorge der Organisationen zu schätzen. Da haben wir eine Aufgabe, wie wir sie uns nicht schöner und größer denken können. Aber gerade weil die Aufgabe so bedeutend ist, müssen wir mit Sorgfalt den richtigen Weg suchen. Unsere Jugendorganisation hat sich nach ausländischem Vorbild gebildet und gerade das Schlechte von ihr gelernt. In starker Romantik haben die Jugendorganisationen sich dem Antimilitarismus in die Arme geworfen. Aber der Militarismus ist in Deutschland unendlich viel strenger und die Strafen für Vergehen viel härter als im Ausland. Unsere Jugendlichen gingen da auf ein außerordentlich gefährliches Gebiet, auf dem sie nicht vorwärts kommen wären. Wir wollen nicht dulden, daß die Jugendlichen sich an der stählernen Wehr des Militarismus den Kopf eintrennen. Diese politische Form des Militarismus stirbt schon ab, wenn die wirtschaftlichen Formationen sich ändern. Wir führen nicht einen Kampf um Bajonette und Gewehre, sondern den Kampf um die Herrschaft über die Geister. Die einzige Aufgabe der „Jugendorganisation“ erblickten wir in der Förderung der Allgemeinbildung. Wir wollen weniger eine Organisation als eine Stätte der Bildung und Erziehung. Die junge Garde soll zu überzeugten Anhängern der sozialistischen Bewegung werden, aber sie soll sich nicht selbst planlos mitten in den Kampf stürzen. Wie soll nun die Organisation gestaltet werden? Die Gewerkschaftsbewegung wird auch die Jugendlichen nicht entbehren können. So ist zum Beispiel der Transportarbeiterverband auf die Jugendlichen bei jeder Lohnbewegung angewiesen. Auch

der Lithographen- und Steindruckerverband hat sich veranlaßt gesehen, eine Jugendlichen-Abteilung zu gründen. Die Lehrlinge allerdings wollen wir nicht in den wirtschaftlichen Kampf hineinziehen. Wir haben nicht das mindeste Interesse daran, ihre ganze Entwicklung zu unterbrechen oder ganz zu stören. Der arbeitenden Jugend kommen auch nicht zu Arbeitsnachweis, Jugendklub und Eingriff in wirtschaftliche Kämpfe. Da müssen wir uns die Einmischung der Jugendorganisationen verbitten, denn das sind Aufgaben der Gewerkschaften. Wir wollen die Jugendlichen erziehen und bilden, aber wir wollen keine unklare politische oder gewerkschaftliche Fajesele. Auch der Lehrlingschutz kann nicht gefördert werden durch kindliche Schwägeri und Beleidigung des einzelnen Meisters, wie in den bisherigen Jugendzeitungen. Es darf nicht der Lehrling zu einem Meister gehen und ihm sagen: „Du bist ein großer Schweineigel“, dann nimmt ihn der Meister natürlich an den Ohren und führt ihn zur Tür (Heiterkeit). Gewiß ist auch für den Lehrlingschutz die Mitwirkung der Jugendlichen selbst erforderlich, aber nicht in dieser von vornherein unwirksamen und unheimlichen Form. Auch die politische Partei will sich, soviel ich vom Vorstande gehört habe, in ihre politischen Entscheidungen nicht von den Jugendlichen hineinreden lassen. Sie haben ja an der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart gesehen, wie nicht gerade in erhebender Weise, aber mit außerordentlichem Lärm über die wichtigsten politischen Fragen von den Jugendlichen abgestimmt wurde. (Heiterkeit.) Wie schön kam da das „Weltbewußtsein zum Ausdruck und der Stolz, Träger einer großen Idee“ zu sein. Über politische Fragen entscheidet und internationale Beziehungen pflegt die politische Partei, nicht die Jugendorganisation. Vereinspielererei und Vereinsmeierei der Jugendlichen hören bei uns auf! Träger des politischen Kampfes ist die Parteiorganisation, des wirtschaftlichen Kampfes die Gewerkschaft. So wollen wir es auch in Zukunft halten! (Beifall.) Nun hat die „Leipziger Volkszeitung“ Legten und mich angegriffen, weil wir in den „Soz. Monatsheften“ auch die Notwendigkeit der körperlichen Erziehung der Jugend betont haben und zitiert haben, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist sitzt. Die „L. V.“ verglich uns daraufhin mit freistündigen Turnlehrern und empfahl uns als erhebende andere Philisterwahlprüfungs „Giapopeia, was raschelt im Stroh“ oder „Wer nur den lieben Gott läßt walten.“ (Gr. Heiterkeit.) Ich finde es sehr sonderbar, daß sich die „Leipziger Volkszeitung“ so sehr gegen den „gesunden Geist“ wendet. (Zurufe bei den Metallarbeitern: Wir nicht, wir müßten uns nicht darüber!) Nach der historisch-ökonomischen Kenntnis der „Leipziger Volkszeitung“ scheint man also erst einen kleinen Klapf haben zu müssen, um auf den Beifall der „Leipz. Volkszeitung“ rechnen zu können. (Gr. Heiterkeit und Seufz gut!) Ich gehöre auch nicht zu den Verdrossenen, sondern zu den Vergnügten, die stets ihre helle Freude an den radikalen Wurzelbäumen haben. (Sehr gut!) Ich erblicke auch heute noch in der Bewegung in freier Luft eine notwendige Gegenwehr gegen die Arbeit in der stinkigen Fabrik. Wir brauchen auch körperlich gesunde Arbeiter in der Arbeiterbewegung. Da wollen wir auch keine Sportvereinsmeierei betreiben, wie denn überhaupt die meisten Jugendlichen keinen Fennig für Vereinsbeiträge übrig haben. (Sehr wahr!) Ohne Verein muß die Jugend zur freien körperlichen Betätigung, zu Spiel und Sport herausgeholt werden aus der Werkstatt und vor allem aus der Kneipe. (Sehr wahr!) Natürlich darf die Jugend darin nicht aufgehen, sondern es darf nur eine Unterbrechung des ernstens Strebens sein. Die Beschlüsse des Hamburger Parteitag und Gewerkschaftstages, die Angliederung des Jugendbundes an die Fortbildungskurse gibt uns einen wertvollen Fingerzeig, wie es gemacht werden soll. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann war das neue Reichsvereinsgesetz mit seinen Ausnahmestimmungen gegen Jugendliche ein Schlag ins Wasser. Wenn wir den Jugendlichen die nötige allgemeine Bildung geben, kommt das Verständnis der Arbeiterbewegung von selbst. Auch das brutale Vorgehensverhältnis des Geistes zum Lehrling muß in ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis umgewandelt werden. So wollen wir alle eifrig an die Arbeit gehen, der modernen Arbeiterbewegung einen tüchtigen Nachwuchs zu erziehen. (Sehr anhalt. Beifall.) Der Referent legt folgende Resolution vor. „Der Kongress hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.“ Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaft-

liche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernsten und heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen der Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme nicht zu einer Übertreibung, zu einer Sportfegerei ausartet. Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern. Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden. Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird. Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.“ Der Vorl. Legien läßt dem Kongress einen Brief folgenden Wortlautes vervielfältigt vorlegen: „M. H.! Mit der Frage der Jugendorganisation befaßte sich gestern abend eine vom Bildungsausschuß einberufene Sitzung der Jugendorganisationsvorstände Leipzig, die nach lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution annahm: „Die Vorstände der Leipziger Jugendorganisationen, die mehr als tausend Mitglieder vertreten, und der Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts erklären, daß sie die Ausführungen der Genossen Legien und Schmidt, die diese über die Jugendorganisationen in den „Sozialistischen Monatsheften“ gemacht haben, aufs schärfste zurückweisen müssen. Vor allem erblicken sie in der Selbständigkeit der Jugendorganisation, an deren Spitze ältere erfahrene Genossen stehen, eine unbedingte Notwendigkeit. Diese Selbständigkeit zu vernichten, ist aber die ausgesprochene Absicht der beiden genannten Genossen. Bei der kurzen Existenz der bisherigen Organisationen ist es ein übereiltes Urteil, wenn gesagt wird, die Jugendorganisationen seien in ihrer bisherigen Form ein verkehrtes Unternehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung mit den Ergebnissen der Jugendorganisationen in Leipzig, Hamburg und in anderen Orten in Widerspruch steht. Die Jugendorganisation als solche kann nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein, da dadurch die Organisation wie die Kräfte vollständig zersplittert würden. Gegenüber dem Verlangen unserer Gegner, schon in der Volksschule, insbesondere in den Fortbildungsschulen und den höheren Schulen in verfassendem Sinne Unterrichtsfächer über das innere Wesen des Staates und die „Wohltaten“ für die Arbeiterklasse einzuführen, ist es Pflicht der Arbeiterbewegung, die arbeitende Jugend möglichst früh über ihre Lage aufzuklären, was keineswegs eine „Überladung mit schwierigen wirtschaftlichen Problemen“ bedeutet. Um dieses Ziel zu erreichen ist es nötig, überall mit Unterstützung von Partei und Gewerkschaft Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, um so tüchtige Rekruten für die Arbeiterbewegung heranzubilden. Wir hoffen daher, daß der Gewerkschaftskongress zu Hamburg die Selbständigkeit der Jugendorganisationen nicht antastet, sondern ihm seine Unterstützung angebeihen läßt.“ Der Kongress tritt in die Diskussion ein. Sillier (Steindruckerei) schildert die Einrichtung der Jugend- und Lehrlingsabteilung seines Verbandes, die erzwungen war durch das Vorgehen der gelben Gewerkschaften. Die Abteilung hat einen Wochenbeitrag von 10 Pfennigen und eine Krankenunterstützung. Auch eine besondere Jugendzeitung wird schon herausgegeben. Im Vordergrund unserer Tätigkeit steht natürlich die Bildungsfrage und die körperliche Ausbildung. Auf diese Weise haben wir von 4500 Lehrlingen unseres Berufes schon 2500 organisiert. Ich bin daher durchaus der Meinung des Referenten, daß wir die Jugend nur sachlich und körperlich, nicht politisch bilden sollen. (Sehr. Beifall.) Fr o m m - Leipzig (Metallarbeiter): Auch ich bin nicht etwa dafür, daß man den Jugendlichen einseitig einbläut, was sie später noch aus eigenem genügend erkennen. Aber ich weiß doch nicht, ob nicht eine besondere Jugendorganisation unter Umständen nützlich sein kann, es fehlen uns ja noch die Erfahrungen. Deshalb wollen wir uns noch nicht festlegen und ich bitte Sie, den Absatz 3 der Resolution Schmidt zu streichen. Redner hebt dann die erfreuliche Entwicklung und Tätigkeit des Arbeiterturnerbundes im Gegensatz zu der deutschen Turnerschaft hervor.

nelken verdrängte fast den Geruch der Speisen, in das sich nur hin und wieder das scharfe Parfüm einer der Damen mischte. Ein halbes hundert Menschen schwebte die Arbeit des Essens aus, und die Dicken und Fetten spürten das ganz besonders. Die Haut wurde feucht, und den Herdosen perlte bereits der Schweiß auf der Stirn, denn man mußte auf jegliche Bequemlichkeit verzichten. Von oben fiel das Glühlicht wie hängende Tropfen herab, und aus den Wänden durchströmte es die mattrosa Blenden, die gleichsam einen neuen Lebenshauch auf die Hälse und Nacken der Damen warfen. Manchmal, wenn die Köpfe sich eifrig bewegten, sprühten Funken an dem Geschniede, Strahlenfarben schossen aus den Brillanten und schienen von dem Glanz des Silbers und des Kristalls aufgefangen zu werden. Die warme Gelbheit der Fensterröhre hing über den Lichtschimmer auf, über den dann wie eine sanfte Lärmschicht die sarte Rosafarbe bei jedem Luftzug hin und her huschte. In der breiten Fläche des Wandspiegels wiederholte sich dieses unruhige Bild, und sobald man hinein sah, glaubte man eine neue Kette von Menschen zu sehen, die sich in einem Nebenjaal verliere. Überall das Geräusch der Bestecke, ein ewiges Schmaggen und Lachen, ein Röhren und Scherzen, das dann von einer besonders kräftigen Stimme allgemein verständlich übertönt wurde. Und fast lautlos, wie gelungene Drahtpuppen, umhüßten der dümmhaarige Albert und ein Köhndiener die Tafel, gefolgt von zwei Mädchen in frischgewaschenen Kleidern von zarter Anschuldtsfarbe. Im Keinen Anrichterraum knallten die Prostropfen; ein Glas fiel hinten stürzend zu Boden, die weiße Mütze eines Kochjungen zeigte sich, bis sich dann aufs neue Schüssel und Platten, von vorrichtigen Händen getragen, durch den Gang schoben, um im hellen Lichtschimmer abermals Bekleidung zu erwecken. Jugendwo ließ sich die verschleierte Stimme des Professorens vernahmen, der die Frau Erzellens gehörig langweilte. Diesmal sprach er auf seinen Nachbar ein. „Ich befürchte, daß das mathematisch nicht zu beweisen sein dürfte, denn es ist ein unumstößlicher Grundlag, hem ja, daß —. Ich danke,“ unterbrach er sich, als die Platte mit garnierten Schnepfen noch einmal vor ihm auftauchte. Sofort aber begann er sich, „Na, geben Sie noch mal her.“

Eine nervöse Dame, die Frau eines Baurats, die an Geruchsnervenstörung litt, behauptete, fortwährend Wohlgeschmack zu riechen, was sie durchaus nicht vertragen könne. „Pardon, Gnädigste, das ist wohl der Wachholder hier. Beigehackter der Schnepfen.“ flüster sie ihr Gegenüber auf, ein Herr mit einem blaurotten Gesicht, der andauernd vor seinem Notizen blieb. „Das ist ungefähr dasselbe,“ redete sich die Gnädige aus und griff zu ihrem Fächer, den sie endlich bedeutungslos voll der Nase zuführte. Er mußte irgendwo in einem Apothekentasten seinen Sommerhals gehalten haben. „Was denken Sie wohl die Amoretten da oben, daß sie fortwährend auf uns herunterblicken,“ meinte Rita unbewußt laut zu Walter. Doch bevor er etwas darauf erwidern konnte, schnarrte von Reg drüben los. „Sehr einfach, gnädiges Fräulein, sie möchten am liebsten an Ihrer Seite sitzen. Muß sich reizend ausnehmen.“ Es war fast hingeworfen als ein harmloser Scherz, der die Heiterkeit erweckte. Auch Rita lachte; dann aber wollte sie ihm einen kleinen Stich versetzen, denn es war ihr nicht entgangen, daß er sie schon wiederholt länger, als es sich eigentlich schickte, gemustert hatte, ungefähr in einer Weise, als lähe er ihren Nachbar nicht für voll an. „Sie sehen ja, der Stuhl ist schon besetzt.“ „Allerdings.“ Der Faden ging ihm aus; dann parierte er rasch: „Pardon, das überfah ich ganz. Eine schon etwas ausgewachsene Amorette. Nichts für ungut, Allen.“ Die Nächstjüngenden konnten der Meinung sein, daß gute Bekanntheit die beiden verbinde. Walter jedoch fuhr es anders auf. Er treut darüber, einen Antnähungspunkt zur Geselligkeit gefunden zu haben, erhob er sein Glas und sprach verbindlich über den Tisch: „Darf ich um den Vorzug bitten, Herr Leutnant.“ „Profit, profit,“ erwiderte Reg gemissermaßen herablassend, folgte aber durchaus korrekt der Einladung. Dann aber befragte er sich mit seiner Dame, um dadurch anzudeuten, daß diese Unterhaltung damit für ihn beendet sei. „Das hätten Sie nicht tun sollen, er schneidet Sie ja,“ räumte Rita, „übrigens ist er stark von sich eingenommen, aber geistig ungefährlich, das ist sein Vorzug für mich. Sonst amüßant und erbau-

lich. Frau von Steckel brachte uns gleich zusammen, ich mußte also aushalten. Ich glaube, manchmal möchte sie gern kuppeln. Eigentlich sollte ich seine Dame sein, aber ich brohte mit ausreihen, und so haben wir rasch die Rärchen umgeschriebenen. Ich war nämlich gerade hier, als er seinen Besuch machte. . . . Still jetzt, der große Bruder spricht.“ Der vertrocknete Medizinalrat hatte inzwischen auf die Frau vom Hause gesprochen. Und nun klopfte Werner an sein Glas und pries die Damen in launiger Weise, „diese flegrischen Amazonen im ewigen Liebestampfe“, deren holdes Lächeln schon genüge, den Grimm der Männer zu verschmelzen, die sich, ach, so gern durch ein einziges weiches Haar fesseln ließen, trotzdem sie sich stets einbildeten, die Stärke in Erbpacht genommen zu haben. Und so weiter. „Eigentlich meint er es nicht so, aber er ist immer der Galante,“ flüsterte Walter, worauf sofort von Rita die Antwort kam: „Weiß ich, weiß ich. Aber die Schauten glauben es ihm, und die Alten und Häßlichen zuerst.“ Für die spricht er ja auch nur, denn die andern kennen sich schon selbst.“ Sie konnte es laut sagen, denn in dem nun ausbrechenden Trudel gingen die Worte für die übrigen verloren. Der Seft perlte bereits in den Schalen, und so lösten sich nach diesem feurigen Trinkspruch die Ketten zur Ehre der Damen, mit denen die Herren besonders anstoßen wollten. Endlich war auch der Nachtisch glücklich überstanden, die Damen hatten genug von Süßigkeiten geschleckt, und man konnte nun die nötige Verdauungsbewegung machen, um die Beruhigungsgenüsse mit Behaglichkeit in den Nebenräumen fortzusetzen. In dem allgemeinen Aufstand machte es sich so, daß Reg und Werner fast gleichzeitig auf Rita zutraten. „Wünsche ebenfalls Wahlzeit, meine Gnädige,“ redete der Leutnant sie zuvorkommend an. Und als er ein kurzes „Gleichfalls“ eingeleckt hatte, wandte er sich auch an Walter, der zurückhaltend beiseite stand: „Sagen Sie mal, Alten, — haben ja lang aufgeweckten Bruder. Wußte noch gar nicht. Damentoast ganz passabel, hat mir Spaß gemacht. . . . Deubel, kehren Sie doch nicht immer den Drill hervor, ich beisse Sie ja nicht.“ (Fortsetzung folgt.)

Josephson-Hamburg: Daß die Zusage aus Leipzig von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, beweist die Berufung auf den Hamburger Jugendbund, der nur eine Weiterbildung des Fortbildungsvereins ist. Für die Jugendorganisation muß eine Altersgrenze festgehalten werden, sonst werden sie wie teilweise im Auslande zu Lummelplätzen Mißvergnüger, die in der Partei nicht durchdringen konnten. So haben z. B. in Christiania die „Jugendlichen“ bei den letzten Stadtverordnetenwahlen 6 Sitze für sich verlangt. (Gr. Heiterkeit.) Auf die Gefahr hin, daß ich auch für einen freisinnigen Turnier gehalten werde (Heiterkeit), spreche ich meine Überzeugung aus, daß die Jugendlichen vor allem einen gesunden Körper als eines gesunden Geistes behalten oder erhalten müssen. (Beifall.)

Mollenhuth-Berlin (als Gast): Ich möchte in Ergänzung des Referats nur, um Mißverständnisse zu vermeiden, hervorheben, daß wir die antimilitaristische Agitation nicht wegen der „eisernen Disziplin“ und der „hohen Strafen“ verwerfen — das ist nicht unsere Art, etwas aus Furcht zu lassen, ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — sondern, daß wir sie ablehnen müssen, weil sie überhaupt keine sozialistische Bewegung ist, sondern nur ein Auswuchs des kleinbürgerlichen Radikalismus. Die 48er Garro Harring und Karl Heinze hat im Schimpfen auf den Militarismus selbst Herbe nicht erreicht. Wir aber sehen im Militarismus nur ein Werkzeug des Kapitalismus, und uns kommt es darauf an, den Kapitalismus selbst zu beseitigen. (Beifall.) Der Weg, der zur sozialistischen Jugendziehung führt, braucht von Anfang an nicht politisch auszuführen! Auch nach Davids Referentenführer (Zuruf Hues: Aber der ist doch verboten!) soll der, der ein guter sozialdemokratischer Agitator werden will, sich zunächst ein möglichst großes Maß von allgemeinem Wissen erwerben. Mir hat dieser Rat besonders gefallen, weil ich selbst unbewußt diesen Weg gegangen bin. Nachher ist mir manches sehr viel leichter geworden. Vor der antimilitaristischen Agitation wollen wir die Jugend bewahren, nicht weil es ein gefährliches, sondern weil es ein falscher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. (Beifall.)

Liede-Hamburg (Metallarbeiter): In dem Leipziger Brief ist die Notwendigkeit der Leitung der Jugendorganisationen „durch ältere, erfahrene Genossen“ ausdrücklich anerkannt. Wir brauchen in den Jugendorganisationen keine politische Tätigkeit, sondern nur das instinktive Klassenbewußtsein, das aus dem Stolz auf die Familie und die Klasse herausquillt, der man angehört. Tief bedauerlich ist es, daß die „Hütte“, unser Blatt für Jugendziehung, eingegangen ist. Hoffentlich wird ein Blatt ähnlichen und noch reicheren Inhalts jetzt wieder geschaffen. Den Absatz 3 der Resolution Schmidt scheint mir zur Abwehr der Vereinsmeierei gerade sehr wichtig.

Stelling-Lübeck (Transportarbeiter): Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß wir uns mit dieser Frage beschäftigen, die sicher eine der allerwichtigsten ist. Schmidt hat in eingehender und überzeugender Weise die Notwendigkeit der Jugendziehung behandelt. In einzelnen Industriezweigen, so in der Käsefabrikation, werden die jugendlichen Arbeitskräfte besonders infam ausgebeutet. In dieser sind etwa 4000 junge Arbeiter beschäftigt, die bis 14 Stunden und darüber schuften müssen in interieurbischen Räumen. An Körper und Geist gehen diese jungen Leute frühzeitig zugrunde. In diese Zustände muß besonders hineingeleuchtet werden, weil die Betriebe der Gewerbeinspektion nicht unterstehen. Aber auch in den Handelsbetrieben bestehen arge Mißstände, unter denen die Jugendlichen zu leiden haben. Hier in Hamburg weiß man ja, wie die Milch- und Bäckereien ausgebeutet werden. Der Transportarbeiter-Verband hat eine Jugend-Abteilung eingerichtet. Eine besondere Jugendorganisation ist nicht erforderlich. In Hamburg hat der Freidenkerjugendbund sich mit Dingen beschäftigt, welche junge Leute nicht zu fapieren vermögen; mit öden Hirngespinnsten ist es nicht getan. Widmen wir uns mehr als bisher der Jugend, machen wir es so wie der Transportarbeiter-Verband, dem im vorigen Jahre 2639 Jugendliche beigetreten sind, und wir werden große Erfolge erzielen. Nehmen wir die Resolution Schmidt an. Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft.

Rünn-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter) macht Mitteilungen über die Grausamkeiten des Strafvollzuges gegen Jugendliche, z. B. über die Wirkungen des „Krummschließens“. Auch die Literatur in den Gefängnisbibliotheken sei sehr schlecht und erziehe nur zum Verbrechen.

Giebel-Berlin (Krankenkassenbeamter) findet, daß die Absätze 3 und 5 der Resolution Schmidt sich widersprechen. Er fordert besondere Jugendreferate, die die Schäden der Jugendarbeit in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht bekämpfen sollen. In den Jugendorganisationen müsse an jedem Orte der Schein der Bevormundung vermieden werden. Darin seien die Jugendlichen sehr empfindlich. Auch die Agitation müßten die Jugendlichen selbst beforgen. Die „Hütte“ sei gerade mangels einer solchen eigenen Agitation der Jugendlichen eingegangen.

Ida Altman-Berlin: Das Große an der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ihre Einheitlichkeit. Diese darf auch durch besondere Jugendorganisationen nicht gefährdet werden. Eine besondere Organisation, aus der die Leute naturgemäß nach einigen Jahren hinauswachsen müssen, ist ein Unsinn. Wichtig für die Organisation der Jugendlichen ist vor allen Dingen die Beschaffung von Lokalen, in denen die Jugendlichen zu Hause sind. Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort bittet der Referent

Robert Schmidt, an seiner Resolution nichts zu ändern, da sie auf Vereinbarung beruhe. Als praktisch wichtiges Hilfsmittel zur Organisation der Jugend bezeichnet er gutgeleitete große Zentralbibliotheken und Lokale ohne Konsumzwang.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung des Abs. 3 der Resolution gegen 18 Stimmen abgelehnt, die Resolution Schmidt gegen 1 Stimme angenommen. Es folgen die Berichte der Redaktion-Kommission über die ihr überwiesenen Materialien. Sie hat die ihr überwiesenen Resolutionen der Referenten zur Boykottfrage und zur Frage der gewerblichen Arbeitsvermittlung nur wenig verändert. Zur Boykottfrage hat sie folgenden Zusatzantrag angenommen:

Der Gewerkschaftskongress weist die Versuche der neueren Rechtsprediger: bei der Beurteilung des Boykotts die Prüfung auch darauf zu erstrecken, daß ein Boykott Aussicht auf Erfolg bietet, oder als der Zweck des Boykotts eine Änderung der wirtschaftlichen bzw. sozialen Verhältnisse zur Folge hat, entschieden zurück.

Die Rechtsprediger hat sich nach Ansicht des Gewerkschaftskongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Boykotts gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. Darüber hinausgehende Prüfungen, und auf diesen Prüfungen beruhende Entscheidungen können nur die subjektive Auffassung der Richter über wirtschaftliche bzw. soziale in Fluß befindliche Fragen wiederpiegeln. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann nur Aufgabe der Gesetzgebung sein. Die Versuche, durch die Rechtsprediger eine solche Regelung herbeizuführen oder an ihr teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und tragen die Gefahr neuer Klassenjustiz in sich.

Deshalb protestiert der Gewerkschaftskongress mit aller Entschiedenheit gegen verartige Versuche der Rechtsprediger, welche die Durchführung des gesetzlich zulässigen Boykotts auf Umwegen zu verhindern versuchen.

Der Kongress tritt den Anträgen der Kommission einstimmig und debattelos bei.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die **Beratung verschiedener Anträge.**

Ein Antrag der Kupfer- und Zinnindustrie: „In Erwägung, daß über die Auslegung der Streikarbeit bedenkliche Auffassungen bestehen, die oft zwischen verwandten Berufen zu unliebsamen Vorfällen Anlaß geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongress: daß alle Arbeiten, die von Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, so lange als Streikarbeiten anzusehen sind, bis die in Frage kommende Organisation ganz unambigüer erklärt, daß die Differenzen beseitigt sind, wird zum Ausmaß oder zur Ausprägung geführt haben, wird von Saue-Berlin begründet, aber auf Vorschlag des Vorl. Bömelburg der nächsten Konferenz der Zentralvorstände zur Erledigung überwiesen.

Annahme findet folgender Antrag des Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Bremen: Die am 6. Mai tagende Generalversammlung der Tabakarbeiter Bremens fordert, daß bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften auch Sachleute zum Schiedsgericht herangezogen werden, und von beiden Seiten die Schiedsrichter ernannt werden „zur Begleichung der bestehenden Differenzen.“

Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen beantragt:

„Der 6. deutsche Gewerkschaftskongress empfiehlt den Gewerkschaften, überall dort, wo noch Lohnzahlung am Sonnabend üblich ist, bei Lohnbewegungen die Forderung nach Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentag mit aufzustellen.“

Die Lohnzahlung am Sonnabend erschwert den Angestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe ungemein die Eringung des Akzeptenverkehrs und der Sonntagsruhe, sie gibt den Geschäftsinhabern den Vorwand, sich gegen diese Einrichtungen zu erklären und erschwert es den Konsumvereinen, mit diesen Einrichtungen voranzugehen.

Die Zusammendrängung des Einkaufs der arbeitenden Bevölkerung auf den Sonnabend bringt, auch für diese selbst mancherlei Nachteile und Überforderungen mit sich. Am Sonntag aber sollte die Arbeiterfrau neben der Verrichtung der unvermeidlichen häuslichen Arbeit nicht noch gezwungen sein, ihre Einkäufe zu besorgen, wie dies die Lohnzahlung am Sonnabend nach sich zieht.

Die Befreiung der Lohnzahlung am Sonnabend und die Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentag liegt somit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wie im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe. Die Gewerkschaften werden deshalb ersucht, diese Forderung bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu befürworten.“

Der Antrag wird nach kurzer Besprechung durch Josephson-Hamburg einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl von Anträgen liegen zur **Alkoholfrage** vor. Sie fordern u. a. Erziehung alkoholfreier Gewerkschaftshäuser und Versammlungslokale.

Stühmer-Berlin (Schneider) und Wisse-Lübeck (Metallarbeiter) schlagen vor, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Alkoholfrage gründlich zu verhandeln und einen besonderen Referenten dazu zu bestellen.

Leber-Jena (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsbewegung hat praktisch den Alkoholkonsum überall zurückgedrängt. Aber alle unsere Gewerkschaftshäuser existieren nur durch den Alkoholkonsum, und ich mag darin nicht heucheln. (Beifall und Widerspruch.) Unmittelbar nach dem Essener Parteitag hat die Agitation der Abstinenz in der Partei wieder eingesetzt. Was nützen da alle Resolutionen und Beschlüsse? (Beifall und Widerspruch.)

Vorl. Bömelburg: Zur Bekämpfung des Alkoholismus hat die Gewerkschaftsbewegung mehr getan als diejenigen, die aus der Bekämpfung des Alkoholismus ihr Stedenpferd gemacht haben. Indem wir die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert und ihre Bildung erweitert haben, haben wir den Alkohol zurückgedrängt und damit zugleich den Boden für die weitere Organisationsarbeit geschaffen. Unsere prinzipielle Stellung ist also gegeben und wir können über diese Debatte hinwegkommen, indem wir erklären, daß wir der Resolution des Essener Parteitages beitreten, daß aber besondere Maßnahmen gegen den Alkoholismus nicht zur Zuständigkeit des Gewerkschaftskongresses gehören, sondern zu der der Ortskarteile. (Beif. Heiterkeit.)

Gegen den Widerspruch der Abstinenz wird die Debatte geschlossen und der Vorschlag Bömelburgs mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Von Pálow-Hamburg (Maurer) ist folgende Resolution eingegangen:

„Der 6. Kongress der deutschen Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart beschlossenen Resolution betreffend die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei und spricht den Wunsch aus, daß alle der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen mögen.“

Vorl. Bömelburg: Der Antrag kommt so spät, daß wir ihn nicht mehr zur Debatte stellen möchten. Da aber niemand die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses moniert hat, ist sein Inhalt ja selbstverständlich.

Pálow (zur Geschäftsordnung): Ich hielt es nur für eine Anstandsspflicht, das noch ausdrücklich auszusprechen.

Höblin-Berlin (Buchdrucker): Ich glaube, daß es besser wäre, wenn diese Resolution nicht gekommen wäre. (Beifall.) Bömelburgs Erklärung ist ja ebensogut wie die Annahme der Resolution. Dagegen müssen wir Einspruch erheben. Wir unterscheiden sehr wohl zwischen einem Wunsche des internationalen Sozialistenkongresses und einem Beschlusse des deutschen Gewerkschaftskongresses.

Legien: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat ja in Stuttgart selbst der Resolution zugestimmt. Da wäre die Annahme eines besonderen Antrages geradezu ein Mißtrauensvotum gegen sie.

Auf Vorschlag Bömelburgs wird beschlossen, diesen Gegenstand durch den Bericht der Generalkommission für erledigt zu erklären.

Vorl. Bömelburg: Damit sind wir am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich danke zunächst dem Lokalkomitee und den gastlichen Hamburger Genossen. Wir haben eine sehr umfangreiche Tagesordnung sehr rasch erledigt. Das beweist, daß wir Selbstbeherrschung und Disziplin gelernt haben. Unsere Verhandlungen waren auch durchweg sehr ruhig. Ich freue mich, daß wir endlich so weit gekommen sind, daß wir große Streitfragen nicht mehr auszusprechen haben. Auch mit der anderen Seite der Arbeiterbewegung haben wir uns durchgängig verständigt. Von einer Frage, die nach dem letzten Kongress die Arbeiterschaft in helle Erregung versetzte, dem Generalkongress, war diesmal überhaupt nicht die Rede. (Heiterkeit.) Grundsätzliche Differenzen gibt es zwischen den beiden Hauptteilen der Arbeiterbewegung

überhaupt nicht mehr. Vorüber sind die Zeiten des Mißtrauens und der Eifersucht, alle haben die Überzeugung gewonnen, daß wir gemeinsam auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung hinarbeiten müssen. (Beifall.) Diese Einigkeit brauchen wir — ich sage nicht: diese Ruhe, damit nicht wieder lange Zeitartikel über das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften geschrieben werden. (Heiterkeit.) Wir brauchen diese Einigkeit, weil wir vor noch größeren Aufgaben stehen und uns auf große zentrale Kämpfe mit geschlossenen Unternehmern rüsten müssen. Um sie siegreich zu beenden, brauchen wir noch viel mehr Mitglieder und noch viel größere innere Festigkeit. (Sehr wahr!) Aber wenn wir nicht Streit haben, sondern Einigkeit, dann können wir auch sicher sein, daß wir in Zukunft alle Aufgaben erfüllen werden, die an uns herantreten. Und so lassen Sie uns hinausziehen in die Lande und alle Kraft einsetzen für den großen Kampf der Arbeiterschaft. (Beif. anh. Beif.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften schließt hierauf Bömelburg den Kongress. Unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise verlassen die Delegierten den Saal.

Soziales und Parteileben.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In der Zeit vom 22. bis 24. Juni tagte in Eisenach der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, dem sich die Generalversammlung der Großkaufmanns-Gesellschaft anschloß. Kongresslokal ist der „Frisienhof“, ein prächtig gelegenes Hotel und Kurhaus, in dem für Kongresszwecke außerordentlich passende Lokalitäten zur Verfügung stehen. Die Stadt Eisenach hat zu Ehren des Genossenschaftstages ein Festkleid angezogen. Am Bahnhof grüßen mächtige, mit Fahnen und Tannenzweigen geschmückte Kandelaber, die ein breites Band mit der Aufschrift: „V. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ tragen. Die Zahl der Delegierten ist außerordentlich groß, sie überschreitet die Zahl 500. Verbandsdirektor Kadestock eröffnet den Genossenschaftstag und heißt die Delegierten und Gäste willkommen. Lehmann, Eisenach, richtet nun namens des Eisenacher Konsumvereins Worte herzlicher Begrüßung an den Genossenschaftstag, dann folgen in bunter Reihe die Ansprachen der auswärtigen Delegierten. Als Vertreter der Stadt Eisenach richtet der Oberbürgermeister Schmieder, als Vertreter der großherzoglichen Regierung spricht der Bezirksdirektor König kurze und herzliche Begrüßungsworte an die Versammlung; sie wünschen den Verhandlungen des Genossenschaftstages besten Erfolg. Namentlich die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Schmieder waren recht interessant, da er das Wirken der Industriekarteile dem Wirken der Konsumvereine gegenüberstellte und den Mittelstandvertretern, die die Konsumgenossenschaftsbewegung schikanieren wollen, die eigene Betätigung des Mittelstandes auf genossenschaftlichem Gebiete empfahl. Der Genossenschaftstag trat nun in die eigentliche Tagesordnung ein und nahm zunächst den Vorstandsbericht entgegen. Max Kadestock, als Vorsitzender des Zentralverbandes, erstattete den Vorstandsbericht. Der Ausbau der Organisation gelangte zu einem gewissen Abschluß, der Abschluß von Tarifen mit dem Verband der Lagerhalter und der Handlungsgehilfen gelang leider nicht. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes schuf sich eine eigene Druckerei; ferner wurde das Versicherungswesen ausgebaut, das Zeitungswesen organisiert, ein leitender Redakteur angestellt und eine Neuorganisation der Verlagsanstalt vorgenommen. Das alles machte viel Arbeit und beschäftigte den Vorstand in einer Anzahl von Sitzungen. Die Geschäftsbücher und die Kasse befanden sich bei den vorgenommenen Revisionen in musterhafter Ordnung. Verbandsdirektor Barth, München, behandelte die politische und gewerkschaftliche Neutralität des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution: „Der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach stellt fest, daß seine Ziele nie andere waren, als eine wirtschaftliche Kräftigung und Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder unter Beobachtung seiner Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen politischen Überzeugungen und religiösen Bekenntnissen der einzelnen.“ Außerdem bringt er folgenden Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes zur allgemeinen Kenntnis: Gemeinshaftlicher Antrag des Vorstandes und Ausschusses zum sechsten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes. Der Genossenschaftstag erklärt, daß unter der selbstverständlichen Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Aufnahme von Mitgliedern der Zentralverband deutscher Konsumvereine bereit ist, mit Gewerkschaften und Gewerksvereinen aller Richtungen Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den genossenschaftlichen Betrieben des Zentralverbandes beschäftigten Angestellten und Arbeiter abzuschließen bzw. zurzeit geltende Lohn- und Arbeitstarife, die mit einer Gewerkschaft vereinbart sind, auf die übrigen Gewerkschaften desselben Berufes auszudehnen. Ablehnen muß es dagegen der Zentralverband deutscher Konsumvereine, in den zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen etwa bestehenden Differenzen Partei zu ergreifen, da solches mit der grundsätzlichen Neutralität des Zentralverbandes unvereinbar sein würde. Der Redner empfahl, der Resolution stets und überall Rechnung zu tragen, die Neutralität hochzuhalten und bei Wahlen strengste Parität allen Meinungen gegenüber walten zu lassen. Die vorgeschlagene Resolution fand die einstimmige Zustimmung des Genossenschaftstages. Den Bericht des Sekretärs erstattete Heinrich Kaufmann. Zum Ausbau des Versicherungsweises schlägt der Redner eine Resolution vor, die vom Genossenschaftstage angenommen wurde, in der es heißt: Den Verbänden werden nach wie vor dringend empfohlen, alle Versicherungen gegen Unfall, Haftpflicht, Feuer, Einbruchdiebstahl, Glasschaden, Wasserleitungsschaden und dergl. durch die Verlagsanstalt bei den durch dieselben empfohlenen Versicherungsgesellschaften abzuschließen. Der Genossenschaftstag beauftragt den Vorstand und Sekretär, als die Firmeninhaber der Verlagsanstalt, durch die Versicherungsabteilung der Verlagsanstalt eine organisatorische Behandlung der Versicherungen der Mitglieder der Konsumvereine gegen Feuergefahr in die Wege zu leiten. Den Verbänden werden dringend empfohlen, die dazu notwendige Beihilfe zu leisten und mit Hilfe der von der Versicherungsabteilung der Verlagsanstalt zu schaffenden Organisation ihren Mitgliedern die Versicherung gegen Feuergefahr so bequem und billig wie möglich zu machen. Mit einem Ausblick auf die weitere Aufgabe der Organisation der Konsumenten schließt der Redner sein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat. (Schluß folgt.)

Die Standesehre der Innung schwer geschädigt. Weil eine Anzahl Bäckermeister in Rixdorf bei der Lohnbewegung den Gehilfentarif anerkannten, die Bemittlung der Forderungen aber auf Plakaten ausgingen, sollen sie die Standesehre der Innung schwer geschädigt haben, weshalb sie vom Innungsvorstand in Geldstrafe genommen wurden. Bis auf einen haben die Bäckermeister die Geldstrafe auch bezahlt; dieser erhob gegen das Strafmandat Widerspruch.

ist aber vom Regierungspräsidenten in Potsdam abgewiesen worden; in der Begründung wurde gesagt, durch sein Verhalten habe der Beschwerdeführer die Standesehre der Innung schwer geschädigt.

Systematischer Terrorismus. Angeblich wegen Arbeitsmangel wurde der in Bramfeld ansässige Genosse H. v. Elm von der Firma Nagel und Kaemp (Eisenwerke A. G.) entlassen. v. Elm hatte eine 11/2-jährige Dienstzeit bei der genannten Firma hinter sich. Was es mit dem angegebenen Entlassungsgrund auf sich hat, enthüllt folgendes Dokument:

Vertraulich! Bramfeld, den 26. April 1907.
Stempel: Wirtschaftlicher Schutzverband
Zweigverein Bramfeld.

An die Hochlöbliche Direktion
der Eisenwerke A. G. vorm. Nagel u. Kaemp
Hamburg-Winterhude.

Unterzeichneter Verein erlaubt sich, an die Hochlöbliche Direktion nachstehendes Schreiben zu richten: Wie in anderen Orten hat sich auch in Bramfeld ein Wirtschaftlicher Schutzverband gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, national gesinnte und vaterlandstreue Mitglieder unseres Ortes gegen die Auswüchse, hier besonders gegen die Unbuddsamkeit und den wirtschaftlichen Druck der Sozialdemokratie zu schützen. Bramfeld ist leider eine Hochburg der Sozialdemokratie und ihre Kraft bringt sie durch Schmähartikel im „Hamb. Echo“, durch Boykotts gegen die Wirte und kleinen Geschäftsleute sowie auch durch Demoralisierung aller anders denkenden Menschen zum Ausdruck. — Der Mann nun, der hier an der Spitze der Partei steht, der diese Sachen veranlaßt, durchführt und duldet, ist der Arbeiter Herrmann v. Elm, der sich bei Ihrer werthen Firma sogar einer bevorzugten Stellung erfreuen soll. Es ist nun nicht unsere Absicht, genannten Herrn aus Brot und Verdienst zu treiben. Aber im Interesse unserer Mitbürger halten wir uns für verpflichtet, an Sie die hßliche Bitte zu richten, in geeigneter Weise auf Herrn v. Elm einzuwirken zu wollen, daß er von seinem Amte abläßt. Wenn dies gelingt, ist unsere Absicht erfüllt, und sprechen wir Ihnen im voraus unseren besten Dank aus.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet
S. A.: Ernst Wagner, Vorsitzender.

Was den Terrorismus der Staatsbehörden in diesem Falle besonders widerwärtig macht, ist die Unwahrhaftigkeit und Lüge, die dabei mitspielt. Was der Schutzverband unter „geeigneter“ Einwirkung verstanden wissen wollen, wird die Firma wohl verstanden haben; die Entlassung wegen „Arbeitsmangel“ paßt ganz famos zu der Heuchelei des Schutzverbandsbriefes.

Belgische Gewerkschaftskongresse. Am vorigen Sonntag hielten von den belgischen Gewerkschaften auch noch die Holzarbeiter und die Schuhmacher ihre nationalen Jahreskongresse ab. Auf dem Holzarbeiterkongreß waren 2589 Mitglieder durch 17 Delegierte vertreten. Die Föderation hat im letzten Jahre ziemlich viel Mitglieder durch Austritte und Ausschlüsse der Ortsgruppen Hutwerpen und Mechteln verloren, die ihren Neutralitätsstandpunkt mit dem sozialdemokratischen Charakter der Föderation für unvereinbar hielten. An beiden Orten bestehen jetzt schon blühende neugegründete sozialistische Ortsgruppen. Die Einnahmen betragen 9015 Franken, die Ausgaben 9238 Franken, das Defizit also 223 Franken. Für Streiks wurden 7149 Franken ausgegeben. An Unterstützungen gingen von der Internationalen Union der Holzarbeiter 3623 Franken ein. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete ein neuer Statutenentwurf des Hauptvorstandes, der eine Stärkung der Organisation bezweckte. Nach längerer Debatte wurde der Entwurf mit acht gegen sechs Stimmen angenommen. Dadurch ist die Gründung einer Streikkasse, mit einem Monatsbeitrag von 50 Centimes pro Mitglied und die Anstellung eines Sekretärs beschlossene. Letzterer wird in drei Monaten ernannt werden. Auf dem Schuhmacherkongreß vertraten sieben Delegierte 1180 Mitglieder. Ein Antrag auf Gründung eines Streikfonds mit einem Monatsbeitrag von 35 Centimes stand zur Beratung. Nach längerer Debatte beschloß man, die Frage an die Ortsgruppen zur Beratung zu überweisen, sie soll dann auf einem außerordentlichen Kongreß endgültig entschieden werden, der in drei Monaten nach Brüssel einberufen werden soll. Der Kongreß lud sodann die Generalkommission der Gewerkschaften ein, möglichst bald einen allgemeinen Kongreß der Arbeiter der Kleidungsindustrie einzuberufen mit der Tagesordnung: Gründung eines Industrieverbandes für das gesamte Kleidungsgerwerbe.

Die Berliner Landtagswahlen. Das Mittelungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin veröffentlicht in einem Rückblick auf die Landtagswahlen auch eine vergleichende Aufstellung über die Zahl der 1903 und 1908 in Berlin und den Vorortkreisen gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner. Die Organisation unserer Berliner Genossen hatte bei den diesmaligen Wahlen eine Feuerprobe zu bestehen. Nicht weniger als 13 151 Wahlmänner waren zu nominieren, wovon 7677 auf Berlin und 5474 auf die Vororte entfielen. Gewählt wurden 5176 sozialdemokratische Wahlmänner, das sind 39,3 Proz. der Gesamtzahl, gegen 3109 = 29,3 Proz. bei den letzten Landtagswahlen. Einzelne Wahlkreise weisen eine geradezu überraschende Steigerung der parteigenössigen Wahlmänner auf. So wurden im 5. Berliner Landtagswahlkreis 311 Genossen gewählt, gegen 208 im Jahre 1903, im 6. Kreis 393 (253), 7. Kreis 373 (151), 9. Kreis 403 (207), 10. Kreis 444 (323) und im 11. Kreis 355 (163) Genossen. In Rixdorf-Schöneberg, Charlottenburg und Teltow-Land, die 1903 noch einen einzigen Wahlkreis bildeten, regten bei der letzten allgemeinen Erneuerung des Dreiklassenparlamentes 654 sozialdemokratische Wahlmänner, 1908 dagegen 1061, und in Ober- und Niederbarnim 583 gegen 327 im Jahre 1903. Nach dem Mittelungsblatt hat die Organisation im großen und ganzen sich durchaus bewährt, soweit vereinzelt Mängel zutage getreten sind, werden die Funktionäre aufgefordert, für ihre Beteiligung zu sorgen.

„Einzelfälle“.

Ein Soldatenschinder.

Das Kriegsgericht der 25. Division aus Darmstadt hielt am Sonnabend in Mainz eine Sitzung ab. Der Unteroffizier Gustav Bawelzik von der 5. Kompanie des 117. Infanterieregiments war der Mithandlung Untergebener in 24 Fällen, der Beleidigung, des Ungehorsams usw. angeklagt. Der Angeklagte hat keine Korporalschaft in der Zeit von Oktober vorigen Jahres bis Mai dieses Jahres in einer Weise behandelt, die jeder Beschreibung spottet. So mußten die Leute bis zur Bewußtlosigkeit kniebeugen machen, Gewehre und Fußgabeln pfeifen, ihre Betten und Spinde aus- und wieder einräumen, 200 mal sich auf die Erde werfen, unter die Betten kriechen, wobei sie Fußspitzen erhielten, kurz alles mögliche tun, was mit der Ausbildung eines Soldaten nichts zu tun hatte. Einmal Morgens vor dem Frühstück erklärte der Angeklagte seinen Leuten auf dem Hofe: „Heute werde ich mit euch frühstücken!“ In der Stube angekommen, mußten die

Soldaten ihre Brote mit ihren schmutzigen Taschen tüchern und dann mit den Handtüchern abputzen. Einer mußte hierauf einen Laib Brot in die Höhe halten, während die anderen Soldaten sich niederknien und mit gefalteten Händen nach dem Laib Brot schauen mußten! In einem anderen Falle mußte ein Musikfettler sich im dritten Stockwerk auf die Bank des geöffneten Fensters setzen, wobei das Schwergewicht seines Körpers, der hintere Teil, nach außen zu hängen kam. In dieser gefährlichen Lage mußte der Mann einige Zeit verbleiben, dann mußte er Kniebeugen vornehmen und Schemel strecken. Derselbe Soldat erhielt auch von dem Angeklagten eine Ohrfeige, daß ein Trommelfellriß entstand; der Verletzte mußte vier Wochen im Lazarett zubringen. In einem weiteren Falle mußte ein Soldat auf Befehl des Angeklagten zur Stubentür herein- und hinauslaufen; dabei erhielt der Mann einen Stoß unter das Kinn, daß er mit dem Kopf gegen die Wand schlug und besinnungslos zusammensank. Ein anderer Soldat erhielt außer Ohrfeigen den Spucknapf übergeschüttelt. Abends, wenn der Herr Korporal abgefragt hatte, mußten die Soldaten auf Befehl sich ausziehen, ins Bett springen, wieder sich anziehen und dasselbe Manöver wiederholen. Statt, wie der Kompaniebefehl lautete, Stiefel einzuschmieren, ließ Bawelzik seine Korporalschaft Gendehr strecken, Kniebeugungen machen usw. Einer der Soldaten mußte auf Befehl des Angeklagten den Schmutz und Sand, der in seinem Brotbeutel sich vorfand, mit den Krümeln Brot aufessen. Den Soldaten drohte er, wenn sie sich beschwerten, würde es ihnen noch schlimmer ergehen. Es wurde auf ein Jahr Gefängnis und Degradation erkannt.

Ein Gegenstück.

Der Fäßler Winning vom Kronprinzenregiment in Königsberg hatte als Offiziersburche eines Abends ein Pferd durch die Straßen zu transportieren. Vorher war er auf einer Geburtstagsfeier gewesen und hatte sich einen Rausch angetrunken. Als er sich mit dem Pferde auf dem Transport befand, kam hinter ihm ein Bataillon der Infanterie. Der Dirigent der Spielleute befahl dem Soldaten, mit seinem Pferde schneller zu gehen oder beiseite zu treten. Der Mann tat das aber nicht, sondern machte einige Redensarten. Er hatte sich dadurch an der heiligen Disziplin versündigt, daß er wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung, Beharrens im Ungehorsam, Achtungsverletzung und Beleidigung eines Vorgesetzten, alles „begangen vor versammelter Mannschaft“ angeklagt und vom Kriegsgericht trotz seiner bisherige Unbescholtenheit und guten Dienstführung — drei Monaten Gefängnis — verurteilt und — im Interesse des Disziplin — sofort verhaftet wurde!!

Noch ein Gegenstück.

Besuch einer sozialistischen Versammlung. Das Kriegsgericht in Darmstadt verurteilte einen Musikfettler vom Infanterieregiment Nr. 118 zu 22 Tagen strengen Arrest, weil er in Uniform eine sozialistische Versammlung in Frankfurt a. M. besucht hatte.

Aus Nah und Fern.

Ein Chedrama spielte sich in Berlin in der Prenzlauer Allee 6 ab. Dort tötete der 36-jährige Schlosser Herrmann Feder seine 35-jährige Ehefrau Jenny, geborene Kohn, durch zwei Revolverkugeln und entlebte sich dann selbst durch einen dritten Schuß. Das Federsche Ehepaar bewohnte seit Anfang dieses Jahres eine kleine Wohnung in dem Hause Winkstraße 57. Vor kurzem kam es zwischen den Eheleuten zu scharfen Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß Frau Feder ihren Mann verließ und zu einer bekannten Kaufmannsfamilie in der Prenzlauer Allee zog. Der Mann hatte aber bald den Aufenthaltsort ermittelt. Donnerstag nachmittag begab er sich nach diesem Hause und kloperte an der Korridorfrüh des Kaufmanns. Als ihm geöffnet wurde, verlangte er nach seiner Frau, da er mit ihr etwas Wichtiges zu sprechen habe. Frau Feder kam auch und beide gingen auf die Treppe. Kaum hatten die Eheleute ein paar Worte gewechselt, als der Mann blitzschnell einen Revolver zog und ihn auf seine Frau abfeuerte. Die Unglückliche stürzte die Treppe hinab und eilte auf die Straße, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Ihr Mann hatte noch einen zweiten Schuß nachgeandt und sie tödlich getroffen. Ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb die Frau. Als man dann nach dem Manne suchte, fand man diesen auf der Treppe ebenfalls als Leiche vor. Er hatte sich eine Kugel in die Schläfe gejagt. Die Kriminalpolizei war bald unter Führung des Oberregierungsrats Hoppe zur Stelle und nahm den Leichnam auf. Die beiden Leichen wurden noch im Laufe des Abends nach dem Schauhaufe geschafft.

Liebestragödie im Automobil. Mittwoch nacht gegen 1 Uhr bestieg ein unbekanntes Liebespärchen ein Automobil in der Leipzigerstraße. Nach Lichterfelde-West, rief der junge Mann, und sofort fuhr der Wagen ab. Auf der Chaussee zwischen dem Botanischen Garten und dem Krankenhaus Lichterfelde fielen plötzlich drei Schüsse. Der Führer hielt den Wagen sofort an und öffnete den Schlag. Das Coupee war mit Pulverdampf angefüllt, der junge Mann hatte zwei Schüsse auf das Mädchen abgegeben, einen in die Brust, den zweiten in die Schläfe; er selbst schoß sich dann in die Schläfe. Das Mädchen war bereits gestorben, der junge Mann gab noch schwache Lebenszeichen. Der Führer brachte das Pärchen nach dem Lichterfelder Krankenhaus. Es handelte sich um den 23-jährigen Lithographen Max Renner, der, wie er schreibt, eines schweren Nervenleidens wegen aus dem Leben scheiden und seine Frau, das Dienstmädchen Minna Lorke, in den Tod mitnehmen wollte. Der junge Mann ist kurz nach seiner Einlieferung im Kreiskrankenhause gestorben.

Die ungleichen Schlafgenossen. Ein eigenartiges Motiv liegt einer blutigen Tragödie zugrunde, die sich in der vergangenen Nacht ereignet hat. Ein Telegramm aus Chemnitz meldet: In Gröna bei Chemnitz erhob sich in der vergangenen Nacht der Schneibergehilfe Franz Dietrich den in der gleichen Kammer schlafenden Schärfer Paul Vogel. Dietrich führte einen tieferen Lebenswandel und ärgerte sich über den solide lebenden Paul Vogel. Er geriet mit ihm nachts in einen Streit, in dessen Verlauf er den Mord beging. Nach der Tat packte den Verbrecher die Reue über sein verheißtes Leben und tötete sich selbst durch einen Schuß ins Herz.

Schweres Unglück. Ein folgenschwerer Unglücksfall hat sich in dem Siegorte Weidenau ereignet, wo augenblicklich zur Errichtung einer Anzahl Arbeiterhäuser zwecks Herbeischaffung des Baumaterials eine Seilbahn angelegt ist, deren Wagen von einer auf dem Berge befindlichen Maschine emporgezogen werden. Am Dienstag riß nun das die Lokomotive mit den Wagen verbindende Drahtseil, worauf die Maschine mit ungeheurer Geschwindigkeit auf den Schienen weiterraste und sich schließlich im Gröbden fest einteilte. Maschinist und Feizer erlitten

schwere Verletzungen, sodaß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Feizer wurde durch die aus der Feuerung herausströmenden Kohlenmassen sowie durch Dämpfe schwer verbrannt.

Fast zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus. Am 1. Oktober 1906 wurde der verheiratete Fabrikarbeiter Ernst Klann aus Barmen vom Schwurgericht in Elberfeld wegen Verbrechen aus § 177 des Strafgesetzbuches zu fünf Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der eiblichen Aussage des in Frage kommenden Mädchens, und Klann, der bis zum letzten Augenblick das Verbrechen bestritten hatte, wurde nach Siegburg ins Zuchthaus gebracht. Seine Frau und Kinder gerieten nun in Not, und ein Stück nach dem anderen wurde die Habe verkauft. Am Sonnabend wurde Klann auf telegraphische Anweisung der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt, denn es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß das Mädchen einen Meineid geschworen hat und Klann an dem Verbrechen völlig unschuldig ist. Klann fand bei der Staatsanwaltschaft in Elberfeld ein, um um schleuesten Unterstüßung und Entschädigung zu bitten, da er völlig mittellos ist und nicht sofort Arbeit finden kann. Gegen das Mädchen ist das Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden.

Steuerhinterziehungen. Das ober-schlesische Korrespondenz-Bureau meldet: Ein Aufsehen erregender Steuerhinterziehungs-Prozess wird sich voraussichtlich in einige Zeit in Gleiwitz abspielen. Ein vor kurzem hier verstorbenen Kommerzienrat hat eine beträchtliche Steuersumme in Laufe der letzten Jahre hinterzogen. Es soll — um laufenden Gerüchten zufolge — um eine Gesamtsumme von 3—500 000 Mark sich handeln. Dann würden die Erben unter Umständen an den Fiskus und die Stadt Gleiwitz die kolossale Summe von insgesamt 3—5 Millionen Mark nachzahlen haben.

Giftvergiftung. In der Familie eines Bahnbeamten in Mainz wurde nach dem Mittagessen selbstzubereitete Vanilleeis verzehret. Außer den Eltern hatte der 22-jährige Sohn, ein Musiker, und dessen Braut an dem Essen teilgenommen. Der Musiker war bald nach der Mahlzeit genötigt, nach Wiesbaden abzureisen, wo er in einem Kongreß mitzuwirken hatte. Dort wurde er am Abend plötzlich krank und mußte nach Mainz zurückgebracht werden. Inzwischen waren auch die Eltern und die Braut erkrankt. Die herbeigeholten Ärzte stellten Vergiftung infolge des genossenen Eises fest, und zwar soll die Vanille zu lange Zeit im Staniol eingepackt gewesen sein. Am schlimmsten steht es mit dem jungen Musiker, der schwer krank darniederliegt, während Eltern und Braut sich bereits auf dem Wege der Besserung befinden.

Eine Maschinenfabrik in Flammen. In der Nacht zum Freitag ist die große Fabrik von Philipp Mayrhofer in Wien in Wiener Vorort Fedlersee am linken Donauufer vollständig abgebrannt. Einer der Chefs, Samuel Moser, wohnt in Frankfurt a. M. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen sind mehrere Personen verletzt worden. Der Schaden wird auf zwei bis drei Millionen Kronen geschätzt.

Ein wahnsinniger Geistlicher. Ein tragisches Ende hat der Seelsorger einer amerikanischen Gemeinde genommener im Wahnsinn befangen, das Leben seiner Gemeindemitglieder aufs höchste gefährdete. Pastor Valentin Straß von der deutschen evangelischen Gemeinde zu Hermann in Staate Missouri wurde vor einiger Zeit von Wahnsinn befallen und strich durch das Land, wo er aus Versehen hinter Bäumen und Felsklüften auf vorübergehende Leute schoß. Er verwundete auf diese Weise drei Männer und eine Frau, doch nicht lebensgefährlich. Die geheimnisvolle Schüsse verletzten die Bewohner des Distrikts in großer Regung. Am vergangenen Sonnabend griff der Pastor eine zu seiner Gemeinde gehörigen Schmeid an. Der Schmeid forderte ihn auf, seine Waffe abzugeben, doch der wahnsinnige Geistliche weigerte sich und versuchte zu fliehen. Der Schmeid und andere verfolgten ihn und schossen ihn nieder. Vor seinem Tode hatte er einige lichte Augenblicke, er erklärte, daß er sein Schicksal verdiene und starb in der Armen seiner Gattin.

Die Niagara-Fälle sind bekanntlich seit einiger Zeit durch die Industrie dienlich gemacht worden, indem ein Teil des Wassers abgeleitet und in Elektrizität verwandelt wurde. Man hatte zuerst geglaubt, die Ablenkung des Wassers würde die Großartigkeit der Fälle herabmindern. Die Beforgnis hat sich als irrig herausgestellt. Am Sonntag wurden zum ersten Male seit dem Bestehen der Elektrizitätswerke auf der amerikanischen Seite der Fälle die Flutto geschlossen, so daß für den Zeitraum von fünf Stunden das Wasser in gleicher Stärke und Menge wie einst in die Tiefe stürzten. Die genauen Messungen am Fluß und an den Fällen zeigten, daß das Wasser unmittelbar nach der Schließung der Fluttore nur um 1/10 Zoll gestiegen war. Der großartige Naturschauspiel zeigt gar keine Veränderung. Indessen wird die Agitation gegen die Ausbeutung der Wasserkraft fortgesetzt, und wohl mit Recht, denn sonst würden die Amerikaner schließlich noch die ganzen Niagarafälle in Elektrizität verwandeln.

Literarisches.

Über den Magen und seine Pflege finden sich in den beiden erschienenen Lieferungen der Neuausgabe von Platen. Die neue Heilmethode (60 Lieferungen à 40 Pf., Deutsches Verlagshaus Bong u. C. Berlin W. 57) belebende und für jedermann nützliche Worte. Ist doch der Magen das Organ des menschlichen Körpers, dessen richtiges Funktionieren einen wesentlichen Faktor für das Wohlbefinden und die Erhaltung der Gesundheit des Menschen bildet. Daneben finden in den beiden erschienenen Lieferungen Leberkrankheiten, Luftröhrenkatarrhe, die Lunge und ihre Erkrankungen, Malaria, Mandelentzündungen, Muskelkrankheiten, Nasenkrankheiten, Nervenkrankheiten, Nierenkrankheiten, Ohrenkrankheiten, Rheumatismus, Rippenbrüche, Rose, Rückenmarkskrankheiten, Rückenschmerz, Ruhr, Scharlach, Schnupfen, Strophulose, Drüsenleiden usw. um nur die wichtigsten Kapitel zu nennen, eingehende und sachgemäße Behandlung. 36 praktische Ärzte, Hygieniker und Pädagogen haben im Platen, Die Neue Heilmethode zusammengefasst um auf Grund ihrer jahrelangem Erfahrungen in leichtverständlicher Schreibweise Anleitung zum Erkennen und Bekämpfen der Krankheiten mit Hilfe der einfachsten Mittel wie Luft, Wasser und Wärme zu geben. Die vorliegenden Lieferungen 7 bis 10 bringen von neuen den Beweis, daß alles aufgeboren ist, um die Neuausgabe von Platen an die Spitze aller Naturheilmittel zu stellen. Ein allgemeinverständlicher Stil, zahlreiche Textillustrationen und prächtige sachgemäß ausgeführte farbige Kunsttafeln gestalten Platen, Die Neue Heilmethode zu einem Handbuch, welches in keiner Familie fehlen sollte, da dessen Anschaffungswert tausendfältig durch die daraus gezogenen Winke und Ratschläge aufgewogen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: L. S. H. W. Druck: F. v. d. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.